

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80  $\frac{1}{2}$ , in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 1. April 1893.

Inserate die viergespaltene Zeitzelle oder deren Raum 20  $\frac{1}{2}$  Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.



zur ersten ordentlichen General-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu Altenburg am 3. April 1893.

Wie feierlich die Osterglocken klingen,  
Weit über Berg und Thal hinaus in's Land!  
Wie warm in's Herz die Sonnenstrahlen dringen,  
Die uns der neue Frühling zugesandt!  
Doch wie die Väter auch zur Kirche wallen,  
Wie sich zum Lenze schmückt die weite Welt, —  
Uns lockt es nicht in düstre Tempelhallen,  
Uns lockt es nicht hinaus in Wald und Feld;  
Wir folgen nur, wie wir uns immer plagen,  
Dem Ruf nach Altenburg, zum ersten Tage.

Willkommen, Ihr, vom Süden oder Norden,  
Willkommen Brüder und Genossen all',  
Die Ihr als Boten auserkürt worden  
Wo man erklingen hört ein Metall!  
Zum ersten Mal, daß sich in neuen Formen  
Vereint der Metallarbeiterbund,  
Zum ersten Mal, daß wir in diesen Normen  
Thun was wir wollen, was wir wünschen kund;  
Denn immer mehr der Freiheitsmorgen dämmert —  
In allen Geistern, wo man pocht und hämmert.

Und doch stehn, Freunde, wir erst im Beginnen,  
Noch fehlt uns manche brave Bruderhand;  
Noch gilt es weite Kreise zu gewinnen,  
Die feig und träge stehen abgewandt.  
O, wären sie in allen Arbeitsstätten  
Vereint eine Seele und ein Herz,  
Unschließen des Metall-Verbandes Ketten  
Die wackern Arbeitsbrüder allerwärts,  
Dann sollte, was wir nielen, löthen, schweißen  
Kein Zwietrachtsteufel auseinander reißen!

Dazu „Glückauf“ und fröhliches Gelingen,  
Daß immermehr wir unserm Ziel uns nahn!  
Laßt uns, o laßt uns rastlos weiter ringen,  
Nur immer vorwärts, ist auch rauh die Bahn!  
Und wenn, getreue Boten und Genossen,  
Der Geist der Einigkeit uns nie verläßt,  
Dann zeitigt dieser Lenz auch junge Sprossen  
An unserm Freiheitsbaum zum Osterfest!  
In diesem Sinne tagt zu unserm Frommen,  
In diesem Geiste: Herzliches Willkommen!

## Ein englischer Fabrikinspektor in Deutschland.

I.  
Zu Gegen Ende des verflorenen Jahres haben wir uns eingehend ausgelassen über die Mängel, an denen die deutsche Fabrikinspektion unserer Auffassung nach laborire, Mängel, die nicht bloß erklärbar sind aus den engegezogenen bureaukratischen Schranken, sondern die auch beruhen auf dem mangelnden Verständniß des Produktionsprozesses, des Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter, der, fast möchten wir sagen, Unteroffiziers-Auffassung, mit welcher seitens so mancher Gewerbeinspektoren die militärische Subordination der Masernen auf das seinem innersten Wesen nach eigentlich coordinirte Arbeitsverhältniß übertragen wird. Gewiß gibt es auch wohlthuenende Ausnahmen, und aus zahlreichen Stellen haben wir Belege dafür erbringen können, wie sogar diese Beamten sich gezwungen sahen, durch einfache Konstatirung der brutalen Thatsachen den Beweis für die sozialdemokratischen Behauptungen der Arbeiterpresse zu liefern.

Geradezu als weißer Kabe ist von jeher der badische Fabrikinspektor, Oberregierungs-rath Wörrishofer, erschienen, der nicht bloß durch große Unbefangtheit sich auszeichnet, sondern der durch die Hingabe an seine Aufgabe, durch die tiefe Sachkenntniß der einschlägigen Verhältnisse und sein hohes Verständniß für

die ethischen Bestrebungen der Arbeiterklasse vielfach bahnbrechend auf diesem Gebiete wirkt. Denn darüber ist kein Zweifel, daß er durch seine Schriften und seine Berichte die übrigen Gewerbeinspektoren im Reiche zwingt, ihm wenigstens einigermaßen nachzustreben. Daneben ist es denn nun freilich selbstverständlich, daß die eigentlichen Fabrikantenseelen, die rückwärtslosesten Vertreter des nackten Klasseninteresses unter den Unternehmern den Herrn Wörrishofer mit ihrem ehrlichsten Haß verfolgen und es an öffentlichen Denunziationen in den parlamentarischen Körperschaften nicht fehlen lassen; bis jetzt freilich ohne Erfolg. Es wäre auch eine zu drastische Illustrirung des „neuen Kurjes“ und eine zu schneidende Dissonanz in dem süßen Söldtengesäusel über die „neue Aera der Sozialreform“, wenn der Beamte, der diese schönen Lebensarten ernst zu nehmen sich befeiligte, dafür mit dem Urlassbrief des Königs David belohnt würde.

Soeben ist von Herrn Wörrishofer der Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für 1892 erschienen, und für den Charakter der amtlichen Schrift ist es bezeichnend, daß er bei Besprechung der allgemeinen Industrieverhältnisse, statt sich in den allgemeinen launehaften Redensarten über den schlechten Geschäftsgang zu ergehen, die Sonde etwas tiefer ansetzte und auch einen Blick warf auf die Ursachen der Stockung:

„Trotz dieser allgemeinen Situation (der Stagnation) hat sich aber nach den Veröffentlichungen der Konsulate der Export der Industrieprodukte des Landes, und zwar bezüglich einzelner Gegenstände sogar erheblich gesteigert. Es muß daher im Zusammenhange damit, daß die inländische Produktion keine Vermehrung erfuhr, auf einen Rückgang des Verbrauchs innerhalb der Zollgrenzen geschlossen werden.“ (S. 9.)

Noch deutlicher tritt der amtliche Zweifel an dem Segen unserer Zollpolitik in einer Stelle hervor, wo der Niedergang der Preise und die allgemeine ungünstige Lage der Baumwollspinnereien besprochen und deren Ursache neben der reichen Baumwollenernte auch darin gesehen wird, „daß der inländische Verbrauch — vielleicht theilweise im Zusammenhange mit der vorwiegenden Inanspruchnahme der kleinen Einkommen für Zwecke der Ernährung, infolge der Theuerung des Vorjahres und des letzten Winters — mit der Vergrößerung der Produktion nicht gleichen Schritt halten konnte.“

Auch bei der Zigarrenindustrie, wo gerade die mit der Herstellung der billigeren Sorte beschäftigten Fabriken am meisten von dem Rückgange der Produktion betroffen wurden, findet er angesichts der geringen Bedeutung des Exportes die Ursache der Depression darin,

„daß im Berichtsjahre gerade die unbedeutendsten Bevölkerungsklassen zu einer Einschränkung ihres Verbrauchs genöthigt waren.“ Aber das trübe Bild, das aus dieser kurzen Bemerkung sich ergibt, ist noch nicht vollständig, es findet seine volle Beleuchtung erst durch den Nachsatz:

„Diese ungünstigen Veränderungen haben eine Verminderung der Löhne der Arbeiter ebensowenig bewirkt, wie die Ausdehnung der Produktion in den vorhergegangenen Jahren eine bemerkenswerthe oder auch nur allgemein mäßige Erhöhung derselben herbeiführte. Ein Heruntergehen der Löhne sahen auch durch den geringen Stand derselben ausgeschlossen, welcher überhaupt nur durch die Zerstreunung dieser Industrie auf die Landorte üblich ist.“

Fürwahr, das „eherne Lohngesetz“ ist mit allem Recht aus dem Programm der deutschen Sozialdemokratie ausgeschlossen worden; es trifft nicht mehr zu, aber nicht weil wie die Gegner lägen, die Verhältnisse besser, sondern weil sie schlechter geworden sind. Infolge der industriellen Entwicklung und des Anwachsens der industriellen Reservearmee sind heutzutage ganze Kategorien der Arbeiterklasse dauernd unter das zur nothdürftigen Lebenshaltung erforderliche Lohneinkommen herabgedrückt worden, denn obige vom badischen Fabrikinspektor konstatarie,

in ihrer sozialen Bedeutung geradezu furchtbare Thatsache erhält ihre richtige Bedeutung erst durch den unmittelbar darauf folgenden Satz, der da lautet:

„Auch in diesem Industriezweig haben sich übrigens die Verhältnisse gegen den Jahresabschluss sehr gebessert, was schon aus den zahlreichen Gesuchen um Bewilligung für Ueberarbeit von Arbeiterinnen hervorgeht.“

Die Besserung der Verhältnisse heißt hier nämlich nicht Besserung der Lohnverhältnisse für den Arbeiter, deren weiteres Herunterdrücken durch den übrigen Stand einfach ausgeschlossen ist, die aber infolge der Zerstreung der Industrie auf das flache Land (o glückliches Landleben!) auch, wie der Fabrikinspektor konstatiert, durch Ausdehnung der Produktion nicht erhöht werden können, sondern diese „Besserung der Verhältnisse“ bedeutet hier einfach Vermehrung des Absatzes, vielleicht auch mäßiges Steigen der Waarenpreise, kurz, Besserung der Verhältnisse für die Fabrikanten! Die Arbeiter profitieren daran bloß in Gestalt der Verlängerung der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen! Ein Kapitel, das auf einem anderen Blatte näher besprochen werden wird.

Wir brauchen übrigens nicht zu glauben, daß Herr Wörrißhofer die Verhältnisse zu schwarz färbe oder daß er etwa gar ein heimlicher Sozialdemokrat sei, der seine amtliche Stellung einseitig dazu benütze, uns „gewerbmäßigen Hebern“ Material in die Finger zu spielen. Wir werden bei verschiedenen Gelegenheiten, besonders beim Kapitel der Wohlfahrts-einrichtungen, ihn offen Stellung nehmen sehen gegen unsere Auffassungen. Aber Herr Wörrißhofer treibt mit der Thatsache keine offiziöse Schönfärberei. Und weil unsere ganze Agitation beruht und ihre Kraft saugt aus der Beobachtung, aus der Kritik der ökonomischen Thatsachen, der naturnothwendigen Resultate des heutigen Wirtschaftsprozesses, deshalb und nur deshalb bietet uns eben die objektiv wahre, nüchterne Konstatierung der tatsächlichen Verhältnisse im Wirtschaftsleben, wie sie sich gerade dem forschenden Blicke des wahrheitsliebenden Fabrikinspektors am Deutlichsten zeigen, die besten Waffen im Kampfe für die Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse.

Wie grundverschieden unsere Auffassung der Dinge von der des habdisschen Fabrikinspektors ist, geht aus der einen Thatsache hervor, daß nach Allen derselbe (S. 125) zu der Schlussfolgerung kommt:

„Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Allgemeinen hat sich im Berichtsjahre bei den in der Industrie herrschenden ungünstigen Verhältnissen nicht in erkennbarer Weise gehoben. Es ist aber auch, abgesehen von nur an einzelnen Orten, besonders in Mannheim, eingetretenen Arbeiterentlassungen, trotz dieser Lage der Industrie im Großen und Ganzen keine Verschlimmerung in der Lage der Arbeiter eingetreten.“

Dieses Urtheil objektiver Zufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen wird kein Klassenbewußter Arbeiter unterschreiben können, und so wenig wir auch nur im Entferntesten an eine subjektive Fälschung der Thatsachen denken möchten, so sehr müssen wir doch daran zweifeln, daß diese Behauptung durch Zahlen sich beweisen lasse. Und wir wollen hierbei gar nicht von der Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter sprechen, soweit diese sich ergibt aus der vermehrten psychischen Bedeutung, der die Arbeiterklasse in wirtschaftlich schlechten Zeiten unterworfen ist, den zahllosen kleinlichen Demütigungen, die sich aus dem Ueberangebot der feineren Arbeitskräfte für die Beschäftigten ergeben und die ihnen Tag für Tag ununterbrochen geboten werden. Nein, wie wenig dieses beruhigende Urtheil in

seiner Allgemeinheit zutrifft, das konstatirt der amtliche Bericht selber am Besten, indem er es sofort durch den Nachsatz einschränken muß:

„Von dieser allgemeinen Wahrnehmung sind aber für das Berichtsjahr die Arbeiter nahezu der gesamten Metallindustrie in Mannheimer Entlassungen, Reduktion in der Arbeitszeit und theilweise auch Herabsetzung der Löhne dazu geföhrt, gerade die Klasse der bestbezahlten und sozial höher stehenden Arbeiter in ihrer ganzen Lebenshaltung herabzubrüden und in vielen Fällen der direkten Noth preiszugeben.“

Gibt es eine trostlosere Konstatierung, als sie hier gegeben ist, eine schärfere Anklage gegen die bestehende Wirtschaftsordnung, eine treffendere Rechtfertigung der sozialdemokratischen „Umsturz“-Bestrebungen, als sie dieser eine Satz enthält, der übrigens nicht einen Ausnahmefall kennzeichnet, sondern nur ein besonders schlagendes Beispiel ist für die allgemeine Proletarisierungstendenz des Kapitalismus, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse dauernd nach unten herabzubrüden, mit anderen Worten: die Gleichheitsmachung des Glends!

### Kapitalistische Organisation der Streikbrecher.

Ein neues Kampfmittel, die Organisation der Streikbrecher, oder wohl richtiger gesagt, die Erziehung und Organisation von Streikbrechern rath der bekannte Herr Bued, der in Berlin sich den Kopf der rheinischen und westfälischen Kapitalisten zerbricht, den „Arbeitgebern“ an, und zwar möchte er dasselbe aus England importiren. Anlässlich der großen Dockarbeiter-Anstände haben nämlich die Schiffseigenthümer einen Verband gegründet, der in London, Liverpool, Plymouth, Dublin etc., insgesamt an mehr als 30 Orten „Bureaus“ errichtet hat. Zweck derselben ist die Eintragung von Arbeitern, welche bereit sind, sowohl mit unierten als nichtunierten Kameraden in Eintracht thätig zu sein. Demgemäß wird auch dem Engagement von unionistischen Arbeitern keinerlei Hinderniß bereitet. Die Zahl der unionistischen Arbeiter soll in der That etwa 50 Proz. von den bereits in die Listen eingetragenen ausmachen.

Weiter sind in den Bureaus zu London und Liverpool die Veranstaltungen so getroffen, daß, wenn in irgend einem Theile des Landes ein Streik ausbricht, Arbeiterabtheilungen, die mit allen nöthigen Geräthen, auch Betten und Kücheneinrichtungen versehen sind, mit derselben Schnelligkeit wie ein Regiment Soldaten nach dort geschickt werden können. Die Streiks von Seeleuten werden lokal erledigt. Auf diese Weise ist eine große Anzahl von Streiktigkeiten im Schiffahrtsgewerbe zu einem gedeihlichen Austrage gebracht, andere sind im Keime erstickt schon durch die Kenntniß davon, welche Maßregeln die Unternehmer zu ergreifen in der Lage sind, so daß im Allgemeinen die Verhältnisse im Schiffahrtsgewerbe jetzt auf einem viel befriedigenderen Standpunkte stehen, als seit Jahren.

Das Beispiel der Schiffseigenthümer wollen nun die Unternehmer aller übrigen Industrien etc. nachahmen, und im vorigen Jahre wurde auf einer bezüglichen Konferenz beschlossen, eine „Britische Arbeitsbörse“ zu errichten. Dieselbe soll in London ihren Hauptsitz erhalten und mit den überall zu errichtenden Zweig-Bureaus in Verbindung stehen. Einer ihrer hauptsächlichsten Aufgaben würde sein, Informationen über Arbeitsverhältnisse in allen Theilen des Landes zu sammeln und weiter in der öffentlichen

Bekanntmachung der Leute, welche Arbeit suchen, sowie von Zahl und Art der Arbeiter, welche von den Unternehmern irgendwo benötigt werden; auch müsse angegeben werden, wo zu einer gegebenen Zeit reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Auf diese Weise würden Arbeitgeber, welche Arbeiter benötigen, diese leicht zu erhalten vermögen und die Arbeiter andererseits würden wissen, wohin sie zu gehen hätten, um am leichtesten Beschäftigung zu erlangen, so daß ihnen fruchtlose Reisen erspart bleiben. „Die Grundlage und Voraussetzung für all' dieses würde natürlich sein das unentwegte Festhalten an dem Grundsätze der Freiheit des Arbeitsvertrages. Im Falle eines Streiks würde es jedem dem Verbands angehörigen Arbeitgeber möglich sein, der Arbeitsbörse Nachricht zu geben und so viel Arbeiter, als er braucht, zu verlangen, damit die im Stich gelassenen Plätze besetzt werden. Die Hauptleiter in London würden sich dann mit den Zweigbureaus in Verbindung setzen und, wenn nöthig, aus dem ganzen Lande die Hilfskräfte der Unbeschäftigten heranziehen können; zugleich würden die Hauptleiter alles Nöthige für die Ueberführung der Leute nach dem Orte des Bedarfs und für deren Versorgung und Schutz zu treffen haben. Alles könnte derartig organisiert werden, daß die Streiks der Zukunft in eine völlig neue Phase eintreten. Auch ist anzunehmen, daß, wenn die Befürworter der schärferen Tonart des Trades-Unionismus die Gesamtheit der Nachmittler, die gegen sie entfaltet werden können, begreifen, sie viel weniger leicht als jetzt bei der Hand sein werden, zu extremen Maßregeln zu rathen. So könnte der gewerblichen und Handelsthätigkeit des Landes größere Stabilität verliehen werden und die Kapitalisten dürften wieder mehr Neigung zeigen, ihr Geld lieber in heimischen als in ausländischen Unternehmungen anzulegen. Derartige Veranstaltungen würden auch wesentlich mehr dazu beitragen, die Frage der „Unbeschäftigten“ zu lösen als Unterstüßungsfonds oder Beschäftigung von Arbeitern mit öffentlichen Arbeiten auf öffentliche Kosten und dergleichen mehr.“

Die neue Organisation soll durchaus nicht zur Herabdrückung der Arbeitslöhne dienen. Der Anfang soll gemacht werden mit den ungelerten Arbeitern und „wenn nöthig“ soll die Organisation auch auf die gelernten Arbeiter ausgedehnt werden. Eventuell soll mit der Arbeitsbörse eine Abtheilung für Lehrthätigkeit verbunden und „die grundlegenden volkswirtschaftlichen Lehren unter den arbeitenden Klassen verbreitet werden.“

Diese halb Thatsachen, halb Projekt enthaltenden Darstellungen entnimmt Herr Bued den „Times“ und veröffentlicht sie im Moniteur der rheinisch-westfälischen Eisenlords „Stahl und Eisen“. Entzückt von diesen Mitteln, den „Uebermuth der Arbeiterorganisationen zu zügeln“, schließt er: „Die Engländer haben danach den einzigen möglichen Weg beschritten, auf dem den Arbeiterverbänden entgegengetreten werden kann. Von keiner Seite wird unser Wirtschaftsleben, unsere Gesellschaftsordnung und Kultur so ernstlich bedroht, wie von den Organisationen der Arbeiter und den Ausschreitungen derselben. Da die Gesetzgebung versagen wird, wenn es gilt, hier Abhilfe zu schaffen, so werden zur gegebenen Zeit, wenn die Noth am größten sein wird, auch die deutschen Unternehmer und Arbeitgeber sich vereinigen müssen. Dann wird ihnen der Sieg nicht fehlen, wie auch der Verband der Schiffseigenthümer (Shipping Föderation) auf der ganzen Linie gegen die Uebergriffe der neuen Trade Unions gefestigt hat. Vorläufig aber wird die übergroße Mehrzahl der deutschen Arbeitgeber Alles zu vermeiden haben, was geeignet sein könnte, der Organisation der Arbeiter Vorschub zu leisten.“

Der kapitalistische Herr Bued und mit ihm die englischen Arbeitgeber und die „Times“ dürften sich mit ihrem „Original-Heilmittel“ gegen die organisierten Arbeiter böß verrechnen. Das Heilmittel, der „neue Weg“, ist gar kein Original. In der wiedergegebenen Darstellung finden sich lauter Anklänge an alte Bekannte, wie Malthus, Schulze-Delisch; die „Freiheit der Arbeit und des Arbeitsvertrages“ ist die alte Schindennährer der Manchesterleute, und was Positives an dem Projekt ist, ist nichts weiter als eine schlechte Nachäffung einer altbewährten Einrichtung in den englischen Gewerksvereinen, die schon seit Jahrzehnten einen zentralisirten Arbeitsnachweis haben. Und die Tendenz des Projektes ist so alt als die sozialen Kämpfe selbst und sie wird sich abermals, wie schon so oft, an der starren Thatsache brechen, daß die Arbeiter eben keine Marionetten sind, sondern Menschen, die meistens auch denken gelernt haben. („Vorwärts“.)

### Ueber den Schutz des Koalitionsrechts in Frankreich

bringt das „Sozialpolitische Zentralblatt“ aus der Feder des Pariser Genossen Leo Frankel interessante Ausführungen über den Duvier-Lapierre'schen Gesetzesentwurf, der den Unternehmern bei Strafe verbietet, die Arbeiter an der Ausübung des ihnen durch Gesetz vom 21. März 1884 zuerkannten Rechtes der Gewerkschaftsbildung und -Betheiligung zu hindern. Daß dieser Entwurf, der in der vorigen Session in der ihm von der Kammer gegebenen Fassung vor den Senat gelangte, dort keine allzufreundliche Aufnahme finden werde, war nach der Abweisung, die der frühere Duvier-Lapierre'sche Entwurf im Palais Luxembourg erfuhr, vorauszusehen. Eine noch so scharfe, noch so gewagte, selbst ungerichtetigte Kritik des neuen Entwurfes hätte darum kaum Jemanden verwundert. Der Referent in dieser Frage, Herr Trarieu, ging aber weit über eine Kritik hinaus, es sei denn, daß man das Entrollen von Schreckbildern oder Ausfälle gegen die nicht im Banne der herrschenden Parteien stehenden Gewerkschaften und deren Führer als eine Kritik des Entwurfes betrachten will.

Wie leider bei allen Fragen, welche die Arbeiterklasse berühren, weniger nach dem Rechte gefragt wird, das nach Anerkennung rinat, als nach den momentanen Interessen der sich verlegt sehenden Unternehmerklasse, so auch hier. Herrn Trarieu's Rede war der Hauptjache nach weniger eine kritische Untersuchung des Entwurfes, als ein ungehöriges Aufhausehen all' der 3 Theile, die wie ja jede Beseitigung irgend eines Vorrechtes dessen Nutznießer trifft, das Unternehmertum bei Annahme des Entwurfes naturgemäß treffen würden. Seine Absicht war vornehmlich, den Widerstand der Unternehmer zu reizen und den gesetzlichen Bestrebungen der Arbeiter den Weg zu versperrern. In welcher Weise er dies that, davon hier eine Probe. Er sagte unter Anderem:

„Am dem Tage, an dem die Arbeiter wüßten, daß sie einen Arbeitgeber bei dem geringsten Konflikt vor die Strafgerichte ziehen können, welche furchtbare Druck- und Zwangsmittel hätten wir da in ihre Hände gelegt! Und welchen Schrecken, um nicht zu sagen, welche Panik würden wir an diesem Tage in der großen Industrie verbreitet haben und wie viele Werksstätten vielleicht sperren lassen! . . . O, wenn sie es noch mit Arbeiterinjuriaten zu thun hätten, die von friedlichen Absichten und friedlichem Geiste beseelt sind und ebenso bewußt ihrer Pflichten, als sie fest in der Verteidigung ihrer Rechte sein können, dann hätte ich nichts dagegen; aber . . . leider

gibt es eine zu große Anzahl jener Werkstätten-Marodeure, jener Streifspulanten; jener Süngrigen der Arbeiterhalbwelt, die Sie niemals werden befriedigen können, die von den Theorien Babens zu denen der Anarchie schreiten und die zu befriedigen es nur ein einziges Mittel gibt, nämlich das unblutige Problem zu lösen: Allen ein reichliches Auskommen zu geben, indem man die Arbeit und die Anstrengung beseitigt! Wäre es nicht die schwerste Unbekanntheit, jenen gewerksmäßigen Agitatoren diese neuen Drohungs- und Einschüchterungsvorwände zu liefern? . . . Daß der Kommunismus, daß der Kollektivismus gewisse Geister anzieht, darüber sind wir nicht verwundert; was uns aber anbelangt, so wissen wir, daß die Gesellschaft ihren Untergang dabei fände, und getreu dem politischen System, wonach in unserem Lande Alles auf der Achtung des Eigenthums, der legitimen Tochter der Sparsamkeit und der Arbeit beruht" — (man denke dabei an die Panama-Affaire!) — "wänten wir nicht den Fehler begehen, das schon genugsam angegriffene industrielle Eigenthum noch mehr zu bedrohen."

Abgesehen davon, daß diese Art der Abweisung des Entwurfes wenig geeignet ist, den sozialen Frieden, den man ja sonst stets im Munde führt, zu fördern, muß man sich verwundert fragen, in welchem Zusammenhang denn eigentlich die Eigenthumsfrage mit dem Koalitionsrecht steht und inwiefern die Wahrung dieses Rechtes eine Bedrohung des industriellen oder eines sonstigen Eigenthums sei. Wenn schon der leiseste Versuch, eine Bresche in das von den wirtschaftlich Starken konstruirte System des Laissez-faire zu schließen, als ein Angriff auf das industrielle Eigenthum bezeichnet wird, wer kann da noch auf durchgreifende soziale Reformen hoffen? Als das erste französische Fabrikgesetz, das sich vorwiegend mit der Regulirung der Kinderarbeit befaßte, 1840 vor die Bairerkammer gelangte, wurde es als „der Beginn des Saint-Simonismus oder des Phalansterismus“ bekämpft; gelangt heute irgend ein Arbeiterschutzgesetz vor das Parlament, wird es als Beginn des sozialistischen Staates, als erster Schritt zum Kollektivismus ausgehrieben. Die Kampfweise ist dieselbe geblieben, nur ein Wort hat das andere ersetzt. Wenn sich aber die Regelung der Kinderarbeit noch in eine gewisse Beziehung zum Fourirismus stellen läßt, so ist es hingegen, selbst mit dem besten Willen, nicht möglich, das Koalitions-, bezw. Syndikatsrecht der Arbeiter mit dem Kollektivismus in irgend einen natürlichen Zusammenhang zu bringen, geschweige denn zusammenzuwerfen. Während nämlich der Kollektivismus die Abschaffung des Privateigenthums an den Produktionsmitteln und damit die Beseitigung der kapitalistischen Produktion und deren Erziehung durch die allgemein genossenschaftliche oder gesellschaftliche Produktion anstrebt, also in direktem Gegensatz zur Lohnarbeit steht, setzt das Koalitionsrecht die Lohnarbeit und mit ihr das Privateigenthum an den Produktionsmitteln voraus. Nur wo Lohnarbeit besteht, Arbeitskraft und Arbeitsmittel getrennte Mächte sind, kann von einem Rechte, sich behufs Erzielung besserer Arbeitsbedingungen zu koaliren, die Rede sein. Man braucht sich darum durchaus nicht vom Kollektivismus oder Kommunismus angezogen zu fühlen, man kann sogar ein Gegner dieser Lehren und nichtsdestoweniger ein eifriger Verfechter des Syndikatsrechts der Arbeiter sein, wie denn auch Bovier-Papierre sowie die Majorität der Abgeordneten, die für den Entwurf stimmten, nichts weniger als Kollektivist sind.

Selbst da, wo der Referent näher auf den Entwurf einging, wich er der eigentlichen Frage, ob dem Gesetze vom 21. März 1884 Geltung verschafft werden

soß, fürsorglich aus. Es war, als ob dieses Gesetz, das den Arbeitern das Recht zuerkennt, sich behufs Studium und Vertheidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in Gewerkschaften zusammenzuschließen, überhaupt nicht bestände. Er sprach bloß von dem Rechte der Unternehmer. Sein ganzes Plädoyer lief auf die Frage hinaus, ob denn der Arbeitgeber nicht „Herr in seinem Hause“ sei. Den Unternehmern verbieten wollen, Arbeiter wegen deren Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft an die Luft zu setzen, heißt in seiner Sprache: Personen, mit denen der Unternehmer keine Beziehungen unterhalten will, mit Gewalt in dessen Haus einführen, sei eine Art Hausfriedensbruch; sie zu hindern, den Arbeitsvertrag nach eigenem Gutdünken willkürlich festzusetzen, heißt ihm zufolge, ihm den Arbeitsvertrag aufzwingen und sei ein Angriff auf deren Industrieigenthumsrecht. Und solcher Art warnte er den Senat vor der Annahme des Entwurfes, „da die bedrohte Industrie leicht ihren Unternehmungsgeist einschränken könnte.“

Aber ernstler als diese Gefahr, mit der ja stets gebroht wird, wenn es sich um ein Gesetz zu Gunsten der Arbeiter handelt, scheint uns vielmehr eine andere zu sein: wenn die Arbeiter sehen, daß selbst Forderungen, die den Unternehmern keine wie immer gearteten Lasten auferlegen, sondern sie nur hindern, die ihren Arbeitern gesetzlich gewährten Rechte auf Umwegen wieder zu Nichte zu machen, verzweifeln sie schließlich, jemals auf friedlichem Wege zu ihrer Emanzipation gelangen zu können. Wenden sie sich, wie beispielsweise behufs Normirung des Arbeitstages, an die Gesetzgebung, damit diese der Machtvollkommenheit der Unternehmer gewisse Schranken setze, so verweist man sie auf die Gewerkschaften als auf den viel natürlicheren und zweckentsprechenderen Weg; betreten sie aber diesen, dann heißt es: Wenn man den Unternehmern verbiete, Arbeiter wegen ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit auf's Plaster zu werfen, dann greife man ihr Industrieigenthumsrecht an!

Es ist begreiflich, daß die Unternehmerklasse ihre Herrschaft nach allen Seiten hin aufrecht zu erhalten sucht und auf keines ihrer Vorrechte aus freien Stücken, aus reiner Menschenliebe verzichtet; aber besteht denn die Kunst des Herrschens in starrem Festhalten an Rechten, deren Unterbau vom Strome der Zeit bereits tief unterwaschen ist, oder nicht vielmehr in einem Anpassen an die veränderten Verhältnisse und die ihnen entspringenden Forderungen? Wäunte der Referent schon, sich des Sozialismus oder Kollektivismus als eines probaten Schreckmittels bedienen zu können, dann wäre es wohl angebrachter gewesen, den Senat damit vor der Verwerfung aufstatt vor der Annahme des Bovier-Papierre'schen Entwurfes zu warnen, da nichts der sozialistischen Bewegung mehr dient, als wenn selbst Gesetzentwürfe, die sich bloß gegen die unumschränkte Herrschaft der Unternehmer, bloß gegen den Mißbrauch ihrer ökonomischen Macht richten, so schnell zurückgewiesen werden, wie dies der Referent mit dem vorliegenden Entwurfe gethan.

Wenn der Entwurf schließlich nicht einfach verworfen wurde, so ist dies nur dem Umstande zu verdanken, daß der ehemalige Ministerpräsident René Goblet einen Gegenentwurf einbrachte, der schon anstandslos der Kommission zur Verathung überwiesen werden mußte. Diesem Entwurfe gemäß sollen alle diejenigen, welche durch Gewaltthatigkeiten oder verabredete Arbeitsverweigerung die freie Ausübung der Rechte verletzten, die sich für die Arbeiter wie für die Unternehmer vom 21. März 1884 ergeben, mit Gefängniß von sechs Tagen bis zu einem Monat und einer Geldbuße von

16 bis 100 Frs. oder mit einer dieser beiden Strafen allein bestraft werden. Desgleichen sollen auch diejenigen, die in den Arbeitsräumen mittels Anschlages bekannt geben, sei es gewerkschaftlichen, sei es nicht gewerkschaftlichen Arbeitern die Beschäftigung zu verweigern, mit den gleichen Strafen belegt werden.

Auf eine Kritik dieses Entwurfes einzugehen, wird es wohl Zeit sein, wenn er wieder vor das Plenum des Senates gelangt. Das wird aber während dieser Legislatur, die schon im Herbst abläuft, nach den bisher gemachten Erfahrungen kaum mehr der Fall sein. Inzwischen brechen bald da, bald dort große Streiks aus, die einzig und allein durch die Nichtanerkennung der Syndikatsrechte der Arbeiter verschuldet sind, wie dies erst bei dem jeben beendeten Generalkreik der Metallarbeiter von Rive-des-Gier der Fall war.

**Zur General-Versammlung des D. M. V.**

Die Motivirung der Arbeitslosen-Unterstützung von Seite Ritter und Gen. in Nr. 12 veranlaßt mich, noch einmal des Näheren darauf einzugehen. Schon die kleine Statistik beweist uns das Gegentheil dessen, was dieselbe beweisen soll. R. und Gen. rechnen, daß 16 Prozent länger als 14 Tage außer Arbeit waren, daß von diesen 9 Proz. arbeitslos am Orte blieben. Von diesen wird angenommen, daß 4 Proz. 2 Jahre im Verbanne sind, wie es der Antrag verlangt (nebenbei gesagt, eine eigenthümliche Bestimmung, wenn man von Vernachtheiligung der Verheiratheten gegenüber den Ledigen spricht), somit sei die Unterstützungssumme keine in's Gewicht fallende, indem derselben eine 10proz. Einnahme gegenüberstehe, weil, falls der Antrag nicht angenommen wird, 10 Proz. der dortigen Mitglieder austreten. Natürlich, die Zahl 10 ist größer als die Zahl 4, aber wenn richtig gerechnet wird, werden die Genossen bald sehen, daß die kleinere Zahl die größere überwiegt. Denn sind diese 4 Proz. nur 4 Wochen außer Arbeit und erhalten wöchentlich 6 M., so übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um 25 M. jährlich. Weiter: Glauben denn Ritter und Genossen wirklich, daß 4 Prozent nur 4 Wochen feiern? Nein! Ich glaube, daß die Einen Arbeit erhalten, an ihre Stelle aber wieder Andere treten, so daß die meisten Einnahmen als Arbeitslosenunterstützung aufgehen werden.

Nach der Abrechnung des Jahres 1892 hatten wir etwas mehr als 26,000 Mitglieder, wir nehmen, um eine glatte Rechnung zu haben, rund 26,000. Dieselben ergeben (wenn nämlich die Beiträge richtig bezahlt werden, womit es, wie Figura zeigt, hapert), eine Einnahme von 202,800 M.; die von Ritter und Genossen vorgeschlagenen 25 Proz. Lokalausgaben abgerechnet, ergibt sich ein Restbestand von 152,000 M. Wir nehmen nun an, 5 Prozent der Mitglieder sind arbeitslos, das sind dann 1300, und dieselben erhalten eine wöchentliche Unterstützung von 6 M. Die über das ganze Jahr vertheilten Unterstützungswochen zusammengerechnet, machen 13 Wochen aus, während welcher 5 Proz. mit 6 M. unterstützt werden. Was meinen die Antragsteller nun von der Arbeitslosenunterstützung, welche Summe ausbezahlt würde? Nicht weniger als 101,400 M., welche einem Restbestand von 152,100 M. gegenüberstehen. Wo bleibt da die Reiseunterstützung, die Agitation, die Zeitung, Verwaltungskosten der Hauptkasse, Rechtschutz usw.?

Wir sehen, daß es weit über unsere Mittel geht, abgesehen davon, daß die Genossen zu Manchesterleuten herangezogen werden. Was in der Motivirung

noch weiter gesagt wird, daß 10 Proz. der heutigen Mitglieder nur noch warten, ob die General-Versammlung ihren Wünschen in Bezug auf Arbeitslosenunterstützung Rechnung trägt, widrigenfalls dieselben austreten, so bin ich der Meinung, daß es vielmehr der Fall sein wird, wenn der Beitrag erhöht werden muß. Und das wird zur gebieterischen Nothwendigkeit, so bald der Antrag Ritter und Genossen (derselbe ist überhaupt von mehreren Orten gestellt) angenommen wird, ohne daß der Vorstand die Steuer auf 20 S zu erhöhen beantragen braucht.

Ebenso falsch ist es wenn man sagt, daß dadurch die Massen zu gewinnen sind, weil sie dem materiellen Vortheil folgen, dabei aber glaubt, dieselben werden hierdurch für unsere nach idealen Zielen strebende Bewegung, die ihnen z. B. nur Kampf und Gefahren bringt ohne materiellen Vortheil, gewonnen. Vielmehr werden dieselben alles Andere außer der Unterstützung für Nebensache, als Blinder betrachten und den Verband, wie ein Theil der reisenden Kollegen, als Meisthuh ausziehen.

Ganz richtig motivirt ist der Antrag Magdeburg, daß wir durch das Unterstützungsweisen dem Staat bei Hinterscheidung des Nothstandes behilflich sind; denn wäre die Reiseunterstützung und die freien Hilfskrankenstellen nicht, so würde der Nothstand viel krasser zu Tage treten. Würden wir mit dem Unterstützungsweisen weiter fahren, so könnte es schließlich unsern Abgeordneten im Parlament passieren, daß ihnen von den Gegnern zugerufen würde: „Ihr befindet Euch im Widerspruch mit den Arbeitern; die wollen sich aus eigener Kraft helfen, sie wollen keine politische Macht.“

Die Unterstützung der Arbeitslosen muß der Staat in die Hand nehmen, er wehrt sich aber mit aller Macht dagegen, weil er der Arbeiterbewegung keine Konzessionen machen will, um so weniger haben wir Veranlassung, die Schäden der heutigen Wirtschaftsweise auf unsere Schultern zu nehmen, dieselben mit Plästerchen zuzudecken. O nein! Lassen wir dieselben offen an das Tageslicht treten, damit die Augen Jedem geöffnet werden und durch den Druck der öffentlichen Meinung der Staat zu Konzessionen gezwungen wird.

A. Haffel, Nürnberg.

**Halle.** Bei der Wichtigkeit, welche die benachrichtigte Generalversammlung zu Altona für die weitere Entwicklung des D. M. V. hat, ist es von großer Bedeutung, wenn eine Diskussion über die verschiedenen Anträge in unserem Organ stattfindet. Dies ist um so mehr nöthig, als einzelne Anträge geradezu die Existenz des Verbandes in Frage stellen oder doch die wahre Aufgabe desselben gänzlich verkennen. Ohne Zweifel haben die einzelnen Parteistellen sich von der Absicht leiten lassen, zum Wohle unserer Organisations- und im Interesse der modernen Arbeiterbewegung zu handeln. Dies kann jedoch keinen vernünftigen Genossen veranlassen, mit seiner Meinung hinter dem Berge zu halten, um so mehr wenn er sieht, daß Pläne aufstehen, welche im krassen Widerspruch mit unserer ganzen wirtschaftlichen Entwicklung stehen.

Einer dieser Anträge ist unzweifelhaft der von Ritter und Gen. gestellte, welcher darauf abzielt, eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen, d. h. eine Versicherung, welche dem einzelnen Mitglied im Falle der Arbeitslosigkeit einen bestimmten täglichen Betrag garantiert. Vom menschlichen Standpunkt aus betrachtet, wäre nun allerdings gewiß hiergegen nichts einzuwenden, denn es könnte uns nur lieb sein, wenn wir diejenigen Genossen, welche zur Arbeitslosigkeit verbannt sind, wenigstens einigermaßen unterstützen könnten. Leider spielen jedoch in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung alle humanen menschlichen Bestrebungen eine sehr untergeordnete Rolle, an ihrer Stelle steht das nackte Interesse des Einzelnen, welches keine andere Parole kennt, als die, sich so bald als möglich zu bereichern. Stellt sich nun vorübergehend eine bessere Konjunktur ein, so wird blind drauf los produziert, bald ist der Waarenmarkt überfüllt, die Aufträge stocken und der Unternehmer entläßt, um die Produktionskosten zu verringern, die überflüssigen Arbeitskräfte.

Dieser Entwicklungsengang liegt in unserer Wirtschaftsform begründet und mit diesen Faktoren haben wir zu rechnen. Es ist daher unabweisbar, daß sich die Zahl der Arbeitslosen immer mehr vermehrt, und wenn wir nun sehen, daß wir schon jetzt mit der Wanderunterstützung schwer zu ringen haben, so ist es gänzlich ausgeschlossen, unsere Arbeit mit bewerkstelligten zweifelhaften Experimenten zu belasten.

Eine viel wichtigere Frage, als die einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist die der Agitation. Dieser Punkt müßte unstrittig den größten Theil der Verhandlungen der bevorstehenden Generalversammlung einnehmen. Durch unser geregelt Wanderunterstützungssystem treten viele junge Kollegen aus gerade nicht sehr idealen Gründen dem Verbande bei, um sich auf der Reise gegen die äußerste Noth einzigermaßen zu schützen. Dagegen ist nun gewiß nichts einzuwenden, denn wir sehen die Wanderunterstützung in erster Linie als Agitationsmittel an, es ist aber deshalb eine unserer ersten Aufgaben, diese der modernen Arbeiterbewegung gegenüber verständlich zu machen über das Wesen unserer heutigen Wirtschaftsform zu belehren, ihnen das Unhaltbare derselben vor Augen zu führen, indem wir auf die Entwicklung hinweisen, welche die Menschheit durchlaufen, und welche sich noch niemals, trotz aller Mächenschaften auf die Dauer aufhalten ließ. Wir werden dadurch das Pflichtgefühl der Arbeiterklasse haben, den Geist der Solidarität stärken und begeisterte zielbewusste Streiter der modernen Arbeiterbewegung zu führen. Dies muß unsere erhabenste Aufgabe sein.

Ein wichtiges unentbehrliches Agitationsmittel ist die Presse, unser Organ, das geistige Stützglied, welches uns umfaßt. Es wurde darauf hingewiesen, daß vielfach die Zeitungen nicht gelesen werden. Das mag wohl zutreffen, ist aber nicht die Schuld der Presse, sondern unserer mangelhaften Agitation, es wäre ein unzerbrechlicher Fehler, würden wir dieses, eines unserer wichtigsten Kampfmittel, aus den Händen geben, um dafür eventuell das sehr zweifelhafte Experiment der Arbeitslosenunterstützung einzutauschen.

Wir dürfen eben nie aus dem Auge verlieren, daß wir in erster Linie eine Kampforganisation sind, welche bemüht sein muß, die große Masse der indifferenten Arbeiter in eine feste Organisation einzureihen. Nur so wird es uns möglich sein, der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung erfolgreich entgegenzutreten und unserem großen Ziele, der Befreiung der Arbeit von den Fesseln des Kapitals um einen Schritt näher zu rücken.

Fritz Schneckenburger.

**Innsbruck.** Indem ich in der Zeitung verschiedene Anträge zur Generalversammlung gelesen habe, möchte auch ich meine Meinung ausdrücken. Einzelmitglieder sollen auf eine Delegirtenwahl verzichten, denn das können wir niemals verlangen, was man bei einer ganzen Sektion haben kann. Es sollen je 600 Mitglieder einen Delegirten wählen. Bediigte und Verheirathete sollen während der Arbeitslosigkeit Unterstützung erhalten. Reisende pro Kilometer 2  $\mathcal{M}$ , die andern pro Tag 1  $\mathcal{M}$ . Die Beiträge sollen niemals ganz erlassen, aber so lange gestundet werden, bis der betreffende Kollege in der Lage ist, dieselben nachzuzahlen. Die Delegirtensteuer soll jährlich ratenweise erhoben werden. Die Zeitung soll wie bisher kostenfrei zugeordnet werden. Das Herbergsweien soll geregelt werden, daß z. B. nicht 30-40  $\mathcal{M}$  direkt vom Wirth für Schlafgeld von der Unterstützung abgezogen werden. Denn gerade solche sind die Schlimmsten, wenn ein Kollege in Noth ist; von solchen bekommt man kein Stückchen Brod oder einen Teller Suppe. Im preussischen Gebiet ist das thatsächlich der Fall, Bayern und Württemberg ist ausgenommen. Die Beiträge sollen bei 15  $\mathcal{M}$  bleiben und nicht auf 10  $\mathcal{M}$  reduziert werden. Joseph Fröhlich, Forner.

**Schramberg.** In Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit, welche jetzt überall herrscht, wodurch es den arbeitslosen Mitgliedern sehr schwer fällt, ihren Verpflichtungen dem Verband gegenüber nachzukommen, sollten die Delegirten auf der Generalversammlung dahin wirken, daß die Wochenbeiträge ermäßigt werden, und zwar auf 10  $\mathcal{M}$  pro Woche. Dafür möge die Generalversammlung aber beschließen, daß in Walde ein Unterstützungs- oder Streifenfond gegründet wird, und zwar durch Erheben von Extrabeiträgen von 10  $\mathcal{M}$  pro Monat, damit unsere Genossen, welche in Zukunft zum Streik greifen müssen, besser gerüstet dastehen und leichter zum Sieg gelangen. Von einigen Seiten macht die Neigung sich bemerkbar, die Reiseunterstützung zu reduzieren oder aufzuheben. Im Prinzip bin ich auch dafür (denn unser Verband soll und darf nur ein Kampfmittel sein, aber kein „Harmonieklubverein“), aber in der Praxis, da schaut es anders aus.

Wir dürfen unsere verheiratheten Mitglieder und unsere hungernden Genossen auf der Landstraße nicht elend verderben lassen, wir müssen dieselben über Wasser halten, obgleich es uns schwere Opfer kostet. Und ich glaube, wenn erst die Unterstützungsfrage, welche ja wohl auf der Generalversammlung eine wichtige Rolle spielen wird, zur Zufriedenheit der Verbandsmitglieder geregelt ist, daß sich dann auch bald die Reihen der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine schließen werden, und dies dürfen wir nicht außer Acht lassen.

F. M., Einzelmitglied.

Von einer ganzen Reihe von Verwaltungsstellen des Metallarbeiter-Verbandes ist beantragt worden, die Reiseunterstützung zu erhöhen, Arbeitslosenunterstützung einzuführen und die Beiträge zu erniedrigen. Wenn Unterzeichner gegen letzteren Antrag nichts einzuwenden hat, so muß er doch gegen die beiden ersteren Anträge ganz entschieden Stellung nehmen. Allerdings ist letzterer Antrag meines Erachtens in den heutigen Gewerkschaften nicht durchzuführen, da die Verwaltungskosten derselben ungeheuer sind. Weiteres über diesen Punkt werde ich weiter unten anführen und hat ja auch Unterzeichner einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Ich komme nun zu den zwei anderen Anträgen zurück und möchte da eine Frage an diejenigen richten, welche diese Anträge eingebracht haben: „Sollen wir eine Kampforganisation oder eine Arbeitslosenversicherungsgesellschaft anstreben?“ — Ich glaube doch Ersteres. Heute rühmen wir uns ja schon, eine Kampforganisation zu haben, in Wirklichkeit haben wir eine Reiseversicherungsgesellschaft, und aus diesem Grunde ist es auch zu erklären, weshalb ein so erschütternder Geist in den Gewerkschaften herrscht. Man kann von diesem Geist Alles sagen, nur nicht daß er revolutionär ist! Das kommt wieder daher, weil ein sehr großer Theil der Kollegen, welche im Verband sind, sich nicht deshalb organisiert haben, um sich bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, sondern bloß wegen der Reiseunterstützung. Soll hier Wandel geschaffen werden, dann muß mit diesem Unterstützungssystem endgültig gebrochen werden. Ich gebe ja auch zu, wenn jetzt die Reiseunterstützung sistirt würde, dann würde ein sehr großer Theil der Kollegen aus dem Verband austreten. Wir wüßten aber dann auch ganz genau, daß diejenigen, die noch im Verband bleiben, entschlossen sind, ihre Lage wirklich zu verbessern. Was nützt uns denn die Quantität, wenn die Qualität nichts taugt. Und das ist im Metallarbeiter-Verband, wie in jeder anderen Gewerkschaft der Fall. Nun könnte aber auch mit dem Gelde, welches früher für die Reiseunterstützung ausgegeben wurde, eine wirkliche Agitation ins Werk gesetzt werden, welche heute in verschwindendem Maße geschieht und würde dadurch entschieden mehr erreicht werden, als durch das „Köderungsmittel“ Reiseunterstützung, das den Verband, wie ich schon angeführt habe, geistig herniederbrückt.

Nun möchte ich noch ein paar Worte verlieren über den Antrag „Organisationsform“ betreffend, welchen ich nebst Genossen gestellt habe, sowie über den dritten angeführten Antrag. Wie ich schon oben angeführt habe, bin ich nicht prinzipiell gegen Erniedrigung der Beiträge. Mit hohen Beiträgen bekommt man bei dieser schlechten Geschäftslage keine Kollegen in den Verband und wenn dieselben auch Interesse dafür hätten. Natürlich kann, meines Erachtens, das Beitragsgeld in den heutigen Gewerkschaften nicht erniedrigt werden, da jede Gewerkschaft ihren bezahlten Vorstand, Kassier usw. hat und jede ihr eigenes Organ. Dieses fällt aber bei einem „Allgemeinen deutschen Arbeiterverband“, wie ihn mein Antrag will, weg. Da hier nur eine Gewerkschaft ist, so ist dies ein bezahlter Vorstand, ein bezahlter Kassier usw. und ein Organ. Ein Jeder muß doch einsehen, daß bei dieser Organisationsform ungeheuer viel Geld erspart werden kann und die Beiträge dementsprechend erniedrigt werden können. Ich bitte deshalb die Kollegen, welche als Delegirte zur Generalversammlung gewählt sind, für diese Organisationsform einzutreten.

Sidor Schereschewsky, Barmer.

### Anfrage zur General-Versammlung des D. M. V.

#### a) Statuten-Änderung.

##### § 2.

**Braunschweig** (Sekt. der Schlosser zc.) Hinter: „soll erreicht werden durch“ anzufügen: „Abhaltung wissenschaftlicher zc. Vorträge.“

**Höveln.** Bei c hinter „Nothfällen“ einzufügen: bei Arbeitslosigkeit usw.

**Braunschweig** (Sektion der Klempner). Eine Arbeitslosenunterstützung für verheirathete Verbandsmitglieder einzuführen. Die

Höhe der Unterstützung regelt die General-Versammlung.

**Wandabach** und **Pranitz** (letzteres unter Unterstützung des Antr. Ritter zc.) Die anwesigen arbeitslosen Mitglieder, welche 26 Wochen dem Verband angehören, zu unterstützen.

**Finkenwalde.** Die Arbeitslosen am Orte ebenfalls so zu unterstützen, wie die auf der Landstraße.

**Glauchau** (Einzelmitglieder). Alinea e: Jährliche statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Mitglieder, ev. der Metallarbeiter Deutschlands. § 8.

**Auswah.** Folgende Fassung zu geben: Dem Verbands können alle Arbeiter und Arbeiterinnen beitreten usw.

**Wald.** Alinea a: Wenn ein Mitglied 13 Wochenbeiträge schuldet und dieselben nach erfolgter Mahnung nicht entrichtet.

**Braunschweig** (Sektion der Schlosser zc.) In Abs. 6 zu streichen: „nach erfolgter Mahnung“ und an dessen Stelle zu setzen: „nachdem ihm 4 Wochen die Forderung entzogen.“ § 4, Abs. 1.

**Hirschberg** (sämmliche Sektionen). Der Wochenbeitrag ist auf 20  $\mathcal{M}$  zu erhöhen. Von allen Extrabeiträgen ist Umgang zu nehmen.

**Main.** Die Generalversammlung möge beschließen, die wöchentlichen Beiträge von 15  $\mathcal{M}$  auf 25  $\mathcal{M}$  festzusetzen. Die 10  $\mathcal{M}$  mehr Beitrag haben den Zweck, verheirathete, arbeitslose Mitglieder, welche dem Verband 6 Monate angehören und nicht mehr als 8 Wochenbeiträge rückständig sind, zu unterstützen. Besteht zum Beispiel der Verband aus 30 000 Mitgliedern, so würde dieser Mehrbeitrag wöchentlich 3000  $\mathcal{M}$  ausmachen und könnten hiermit 500 Mitglieder mit 6  $\mathcal{M}$  wöchentlich unterstützt werden. Die Unterstützung wird am Ort ausbezahlt. Ist ein Mitglied gezwungen, bei Arbeitslosigkeit den Ort zu verlassen, so wird der Betrag von 6  $\mathcal{M}$  an seine Familie ausbezahlt, jedoch erhält dasselbe trotzdem Reiseunterstützung (Zusatz von Kollege Wollstadt). Gründe: 1. Würde durch diese Maßnahme die Mitgliedschaft bedeutend zunehmen und das Missverhältnis zwischen reisenden und verheiratheten Kollegen sich ausgleichen. 2. Könnte der Verband besser funktionieren, weil rückständige Beiträge zur Seltenheit gehörten. 3. Würden verheirathete arbeitslose Kollegen vor der größten Noth bewahrt.

**Cottbus.** Die Beiträge auf 20  $\mathcal{M}$  zu erhöhen. (Siehe Antrag § 9.)

**Wandabach.** Den wöchentlichen Beitrag auf 10  $\mathcal{M}$  zu reduzieren.

**Püßeldorf.** Die Beiträge in ihrer bisherigen Höhe zu belassen.

**Stettin.** Das Beitrittsgehalt beträgt für männliche Mitglieder 50  $\mathcal{M}$ , für weibliche 20  $\mathcal{M}$ .

**Ulm.** Das Beitrittsgehalt wenigstens um das Doppelte zu erhöhen.

**Schwabach.** Alle Extramarken und Sammelkästen sollen aufgehoben werden und hat hierfür jedes Mitglied vierteljährlich 10  $\mathcal{M}$  zu leisten.

**Glauchau.** Die Beiträge werden durch in das Mitgliedsbuch zu klebende Marken quittirt. Das Mitgliedsbuch bleibt Eigenthum des Verbandes.

**Magdeburg-Sudau.** Die Reiseunterstützung auf das niedrigste Maß herabzusetzen.

**Konferenz in Neu-Isenburg.** Resolution: „Die heute (5. März) in Isenburg stattfindende Bezirkskonferenz von Hessen, Preußen-Kassau und Frankfurt a. M. nebst Umgebung erachtet in dem Unterstützungsweien ein Mittel, den Bestand der heutigen Gesellschaftsordnung zu sichern. Wenn alle Gewerkschaften die Unterstützung fallen ließen, würde sich rascher auf der einen Seite der Reichthum, auf der anderen das Elend konzentriren und das Proletariat würde rascher sein Endziel erreichen. Die Konferenz wünscht bringen, die Generalversammlung möge die Aufhebung der Reiseunterstützung beschließen.“

**Ulm.** An einem Zahlort nicht über 2  $\mathcal{M}$  ausbezahlen.

**Pranitz.** Die Reiseunterstützung herabzusetzen.

**Preis-Friedrichsdorf.** Den zur Abreise mit ihren Familien gezwungenen verheiratheten Mitgliedern ein gewisses Bahngeld zu gewähren.

**Stettin.** Hinter die Worte: „Dem Verbande angehören“ für das Wort „kann“ zu setzen: wird usw.

**Teplitz** (Böhme). Abschaffung der Reiseunterstützung für Bahnreisende.

Reiseunterstützung darf nicht über 200 Kilometer auf einer Tour ausbezahlt werden. Neu in den Paragrafen einzufügen: Ein jedes Mitglied, welches auf der Reise in Arbeit tritt, hat eine Karenzzeit von 13 Wochen (statt wie bis jetzt 3 Wochen) durchzumachen, ehe es eine neue Reiselegitimation Nr. 1 bekommt.

**Köln.** Die reisenden Mitglieder erhalten die Unterstützung nur von Zahlstelle zu Zahlstelle, es wird auf einer Zahlstelle nicht mehr als 3  $\mathcal{M}$  bezahlt, ferner sind die Mitglieder verpflichtet, auf der Herberge des Verbandes zu logiren, wenn sie ihres Schlafgeldes nicht verlustig gehen wollen. Die Fälligen sind verpflichtet, für gute Herbergen zu sorgen.

**Delmenhorst.** Statt 2  $\mathcal{M}$  pro Kilometer 3  $\mathcal{M}$  zu setzen. Ferner in den Paragrafen einzufügen: Wiederholt an einem Orte kann Reisegehalt nur dann gewährt werden, wenn ein Zeitraum von 2 Monaten seit dem Tage, an dem das letzte Reisegehalt erhoben wurde, verfloßen ist.

**Potsdam.** Verheirathete Mitglieder, welche nachweislich in Folge ihrer Verbands-thätigkeit gemahregelt wurden, erhalten eine mindestens wöchentliche Unterstützung, welche jedoch die Höhe von 75  $\mathcal{M}$  nicht überschreiten darf.

**Wolfsbüttel.** Abs. 3: Unterstützungs-berechtigte Mitglieder des Verbandes, welche sich auf der Reise befinden, erhalten das Reisegehalt so lange als denselben Arbeit nicht nachgewiesen werden kann.

**Glauchau.** Die Generalversammlung möge beschließen, daß jedes Mitglied, welches ein halbes Jahr dem Verband angehört und gezwungen ist, am Orte zu bleiben, im Verlauf von 14 Tagen eine Unterstützung von 30  $\mathcal{M}$  und für jedes Kind 5  $\mathcal{M}$  pro Tag, in der Höhe bis zu 25  $\mathcal{M}$  erhält. Eine derartige Unterstützung darf in einem Zeitraum von einem Jahre die Summe von 40  $\mathcal{M}$  nicht übersteigen.

**Höveln.** In Absatz 4 zu setzen: Wiederholt an einem Orte „und für ein und dieselbe Tour“ kann usw.

**Hirschberg.** In Abs. 5 statt „25  $\mathcal{M}$ “ 20  $\mathcal{M}$  zu setzen.

**Kemfshaid.** Im Kalenderjahr an Reiseunterstützung nur 25  $\mathcal{M}$  zu zahlen.

**Höveln.** Reisende, welche 25  $\mathcal{M}$  auf einer Tour erheben, dürfen weitere Unterstützung erhalten, wenn ein Zeitraum von 13 Wochen seit dem letzten Auszahlungstag verstrichen ist und dieselben nachweisen können, daß sie während dieser Zeit mindestens 3 Wochen in Arbeit standen.

**Dresden A.** (Einzelmitglieder). Eine neue Tour beginnt erst, nachdem ein Mitglied, welches noch nicht ausgereistet war, 8 Wochen gearbeitet hat; wird vor dieser Zeit eine neue Reise begonnen, so zählt diese zur ersten Tour.

**Ulm.** Abs. 7: Jedes Mitglied, das außerhalb einer Verwaltungsstelle arbeitet, hat das Recht, sich bei der allernächsten Verwaltungsstelle an- und abzumelden.

**Höchst a. M.** § 6. Folgende Fassung zu geben: In Unterstützungen nach § 2 wird den Ortsverwaltungen das Recht eingeräumt, gemahregelten Mitgliedern am Orte nach genauer Untersuchung des Vorfalles eine entsprechende Unterstützung zu gewähren und dieselbe von den 33 1/3 Prozent zu bestreiten.

**Delmenhorst.** In Abs. 3 statt „kann“ muß zu setzen.

**Höchst a. M.** § 9, Abs. 2. Die Worte: „oder inhaftirt“ zu streichen.

**Cottbus.** Den arbeitslosen und kranken Genossen die Beiträge während der Arbeitslosigkeit und Krankheit zu erlassen.

Die reisenden Genossen, welche 25  $\mathcal{M}$  Reiseunterstützung erhalten haben und nicht in der Lage sind, die Beiträge zu entrichten, sollen nicht gestrichen werden, sondern weiter Mitglied bleiben ohne Unterstützung. Dafür soll eine Erhöhung der Beiträge um 5  $\mathcal{M}$ , also auf 20  $\mathcal{M}$  eintreten (s. Antrag zu § 4).

**Finkenwalde.** Die Stundung der Beiträge für Arbeitslose von 13 Wochen auf 26 Wochen zu verlängern.

**Wandabach.** Die kranken und arbeitslosen Kollegen vom Beitrag zu entbinden.

**Königsberg i. Pr.** Die Worte: „so muß dies auf ein diesbezügliches Gesuch geschehen“ zu streichen und dafür zu setzen: so werden die Beiträge für die weitere Dauer der Krankheit oder Arbeitslosigkeit nicht gezahlt.

**Freiburg i. Schlef.** Von den Reisenden und Arbeitslosen sollen überhaupt keine Steuern erhoben werden.

**Breslau** (Allg.) Zwischen Absatz 1 und 2 einzufügen: „Den Mitgliedern des Vorstandes wird für die Zeit, für die sie Diktat begeben, kein Gehalt gezahlt.“ (Bei Konferenzen, Generalversammlungen, Parteitagen, Agitationsreisen.)

**Kemfshaid.** § 14. Die örtliche Verwaltung wird von 2 Personen geführt, dem Bevollmächtigten und dem Kassier. Die Revisoren werden in den Mitgliederversammlungen gewählt und zwar nur für die Zeit der Reifung.

**Braunschweig** (Sektion der Klempner). Die örtlichen Verwaltungen behalten 33 1/3 Prozent der Einnahme zurück.

Magdeburg-Bu. Stat 38 1/2 Proz. 25 Proz zu setzen.

Halle. 32 1/2 Proz. den Ortsverwaltungen zu überlassen, um die Agitation am Orte eifrig pflegen zu können.

Köln. Den Verwaltungsstellen, welche Zahlstellen sind, 33 1/2 Prozent zu überlassen, wogegen für Verwaltungsstellen, welche nicht Zahlstellen sind, nur 20 Proz. festzusetzen sind, da die Zahlstellen, in denen wenig Mitglieder vorhanden, meistens mit Defizit arbeiten.

München. Zur Bestreitung der örtlichen Ausgaben können die einzelnen Verwaltungsstellen 33 1/2 Proz. — jedoch nur für Verbandszwecke — verbrauchen. Alle nicht notwendigen Gelder sind an die Hauptkasse abzuführen. Die einzelnen Verwaltungsstellen sind verpflichtet, über ihre lokalen Ausgaben eine spezialisierte Abrechnung einzusenden.

Elberfeld. Den Prozentfuß von 89 1/2 Proz. bestehen zu lassen von 100 Mitglieder sind, wo 200 Mitglieder sind, 25 Proz., wo 400 Mitglieder, 15 Proz. festzusetzen.

§ 15.

Finstertal. Die Generalversammlung wolle den Antrag von Sr. Schönan zu § 15 annehmen.

Abf. 2. Köln, Halle und Weimern. Stat 800 zu setzen 600 und stat 150 300.

Freiburg in Schwab., Magdeburg-Bu. Stat 800 zu setzen 500 und stat 150 250.

Coburg. Die Mitgliederzahl, auf die ein Delegierter entfällt, soll nicht 800, sondern 200 betragen. Wo aber in größeren Städten 1000 und mehr Mitglieder sind, sollen in Zukunft nur 2 Delegierte diese vertreten, damit dadurch auch die kleineren Verwaltungsstellen zu ihren Rechten gelangen.

Pries-Friedrichsdorf. Eine Verwaltungsstelle, welche ihrer Mitgliederzahl nach mehrere Delegierte zu wählen hat, soll nur 1 Delegierten wählen, derselbe soll aber so viel Mandate vertreten, als die Filiale Delegierte zu wählen hat.

Harburg. Stat 300 zu setzen 1000.

Halle. Die reisenden Kollegen sollen ebenfalls wahlberechtigt sein, um aber zu verhindern, daß dieselben eventuell an mehreren Stellen wählen, ist an geeigneter Stelle im Verbandsbuch der Ort, wo sie gewählt, zu vermerken.

Cottbus. Stat 300 zu setzen 500 oder 600 und stat 150 250 oder 300.

Abf. 3. Cottbus. Die Kosten einer Generalversammlung sollen aus Verbandsmitteln gedeckt werden. Sollte sich der Bestand als ungenügend erweisen, so wolle man einen Extrabeitrag von den Mitgliedern erheben, der Beitrag soll aber 80 S nicht übersteigen.

Magdeburg-GutsMuth. Die Delegiertensteuer durch 10 S Marken zu erheben.

Weimern. Stat 50 S Delegiertensteuer 25 S zu erheben.

Düsseldorf. Die Generalversammlung möge dahin wirken, die Delegiertensteuer zu ermäßigen.

Glauchau. Auf der Reise befindliche, sowie arbeitslose Mitglieder sind von Zahlungen der Extrabeiträge zu Generalversammlungen und zu Gewerkschaftsfongressen zu befreien, wenn sie nachweisen, daß sie in der Zeit vor der Ausschreibung bis zur Tagung arbeitslos waren.

Coburg. Die Delegiertensteuer soll im Jahre vor der Generalversammlung, durch monatliche Raten à 5 S aufgebracht werden.

Abf. 1. Holftein. Jeder Abgeordnete erhält pro Tag 5 M und Fahrgehalt . . . . .

Köln. Alle 3 Monate sind pro Mitglied 15 S Delegiertensteuer zu zahlen, der Ueberfluß ist nur für Agitation zu verwenden.

Breslau (Allg.) Einzuschalten: „Die Delegiertensteuer wird durch 5 S Marken nach Bedarf eingezogen.“

Freiburg (Schw.) Die Delegiertensteuer soll durch vierteljährliche Beiträge à 10 S erhoben werden und zwar in den Monaten Januar, April, Juli und Oktober. Weibliche Mitglieder zahlen die Hälfte dieser Steuer.

Halle. Die Delegiertensteuer ist in vierteljährlichen Raten à 10 S einzuzahlen, jedoch sind die Arbeitslosen davon befreit.

Königsberg i. Pr. Folgende Fassung zu geben: Jeder Abgeordnete erhält pro Tag 8 M und Fahrgehalt für die dritte Wagenklasse. Diese Kosten sind durch eine Extrasteuer aufzubringen. Diese Extrasteuer wird regelmäßig vierteljährlich à 10 S von jedem sich zur Zeit der Erhebung in Arbeit befindlichen Mitgliede erhoben. Die einkommenden Extrasteuern sind bei der Abrechnung zu verrechnen und an die Hauptkasse einzusenden. Die Bestimmung der Monate, in welchen die Extrasteuer erhoben wird, ist dem Ermessen des Vorstandes überlassen.

U r a b s t i m m u n g.

Pries-Friedrichsdorf. Bei wichtigen Angelegenheiten (Statutenänderung etc.) Urabstimmung vorzunehmen.

b) Allgemeine Anträge.

Verwaltung betr.

München (sämtl. Sektionen). Alle sogenannten Hilfsarbeiter des Vorstandes sind abzusuchen. Entschieden zu verwerfen sind die seitens des Hauptvorstandes unternommenen größeren Agitationskourern, deren Erfolg in keinem Verhältnis zu den Ausgaben steht.

Braunschweig (Sekt. d. Klempner.) Die Zahl der besoldeten Beamten auf drei zu belassen und pro Monat 120 M Gehalt zu zahlen.

Weimern. Die Gehälter der besoldeten Vorstandsmitglieder sind auf 120 M pro Monat festzusetzen.

Verbandsstatistik betr.

München. Der Hauptvorstand ist auf den § 2 Absatz 2 aufmerksamer zu machen, die Pflege der Statistik ist energisch zu betreiben.

Halle. Die Generalversammlung beschließt: Der Vorstand wird beauftragt, so bald als möglich eine allgemeine Berufsstatistik über ganz Deutschland in Angriff zu nehmen und mit aller Energie durchzuführen.

Streitreglement betr.

Ausschuß in Frankfurt a. M. Dem Statut ein Streitreglement einzufügen.

Agitation betr.

Köln. Für 1-2 oder 3 Provinzen ist je ein unabhängiger Agitator anzustellen, um die Agitation zu betreiben zu können, wie dieselbe im Interesse des Verbandes nötig ist. Das Wie wird der Generalversammlung überlassen.

Wolfsbittel. Ausschließlich zum Zwecke der Agitation hat ein jedes Mitglied monatlich 10 S zu entrichten. Die Ortsverwaltungen und Vertrauensmänner haben diesen Beitrag durch eine Marke zu quittieren und in der Abrechnung besonders zu bemerken.

Reservefond.

Finstertal. Den Reservefond durch freiwillige Beiträge aufzubringen.

Düsseldorf. Unterstützt den in Nr. 5 der „Metallarbeiter-Zeitung“ bekannt gegebenen Antrag des Kollegen Pagig-Pirna nebst folgendem Zusatz: Jeder Ortsverwaltung zu überlassen, in welchen 3 Monaten des Jahres sie die Extrabeiträge erhebt, und die Generalversammlung möge dafür eintreten, daß Kapital und Zinsen des Fonds zur Unterstützung von Streiks und Maßregelungen verwandt werden.

Einkassieren der Beiträge.

München. Mindestens in allen größeren Zahlstellen des Verbandes sind Einkassierer anzustellen, welche die Aufgabe haben, wöchentlich die Beiträge einzusammeln und gleichzeitig die „Metallarbeiter-Zeitung“ anzutragen. Die Bezahlung derselben geschieht durch die am Orte verbleibenden 33 1/2 Proz. der Beiträge. — Diese Mehrausgabe der örtlichen Verwaltungsstellen kann leicht bestritten werden, da durch die regelmäßige Einziehung der Beiträge das Restantennwesen entschieden gemindert und diese Ausgabe durch die vermehrten Einnahmen ausgeglichen wird. Die günstigen Verhältnisse in den Münchener Gewerkschaften sind zum großen Theil dieser Einrichtung zu verdanken.

Verbandsorgan.

Guben. Die Generalversammlung wolle beschließen, daß die Redaktion der deutschen „Metallarbeiter-Zeitung“ veranlaßt wird, im Blatte etwas mehr fachwissenschaftliche Artikel zu bringen, Raum und Sogelohn sind durch Fortlassung vieler persönlicher und lokaler Notizen zu erzielen.

Halle. Im Zeitungs-Reglement Abf. 2 zu setzen: Mitgliedern, welche 8 Wochenbeiträge schulden, ist die Zeitung zu entziehen.

Leipzig (Böhme). Sämtliche Verwaltungsstellen sowie Vertrauensmänner haben für reisende Kollegen jeden Sonnabend die „Metallarbeiter-Zeitung“ auszubändigen.

Schwabach. Die Zeitung soll nicht mehr vom Verband den Mitgliedern zugestellt, sondern von den Mitgliedern abonniert werden.

Frankfurt a. M. (Sekt. d. Spengler). In Erwägung, daß durch Annahme des nachfolgenden Antrages eine bedeutende Zahl angestellter Kollegen dem Verbandszugehörigkeit wird, stellt die Sektion der Spengler den Antrag: Wo es angeht, ist den in der Metallindustrie beschäftigten Lehrlingen das Verbandsorgan nennentlich zu liefern.

Magdeburg-Bu. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ wieder so herzustellen wie dieselbe früher war, damit dieselbe mehr den heutigen Verhältnissen entspricht. Das heißt: Die Korrespondenzen der einzelnen Orte nur zu bringen, wenn dieselben von allgemeinem Interesse sind. Der gewonnene Raum ist mit fachwissenschaftlichen Aufsätzen und ev. dazu gehörenden Zeichnungen und Skizzen auszufüllen.

München. 1. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ ist als Verbandsorgan zu erklären und der Vorstand ist verpflichtet, alljährlich eine spezialisierte Abrechnung über dieselbe zu veröffentlichen.

2. Der Redakteur des Organs, sowie der Expeditionsbeamte sind als Verbandsbeamte zu erklären; der Gehalt derselben ist aus der Hauptkasse zu bezahlen. Die Wahl des Er-

stlichen hat durch Urabstimmung zu geschehen. Ferner ist eine gegenseitige Monatsliche Kündigungsklausel festzusetzen.

3. Vor einer Besetzung der Redaktions- sowie Expeditionsstellen sind die betreffenden Vakanzen im Verbandsorgan bekannt zu geben. Die Angestellten müssen Verbandsmitglieder sein.

Kartell mit Berlin betr.

Pries-Friedrichsdorf. Das Kartellverhältnis mit dem Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins aufzulösen und an letzteren das Ansuchen zu stellen, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen.

Düsseldorf. Das zwischen dem „Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend“ und dem „Deutschen Metallarbeiter-Verband“ bestehende Kartellverhältnis aufzulösen. Der Vorstand möge dahin wirken, in Berlin eine Verwaltungsstelle zu errichten oder einen Verbandsmann für die Mitglieder des D. M. Z. d. h. selbst zu bestimmen.

Köln. Alle in der Eisenindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins sind aufzufordern, dem D. M. Z. beizutreten, widrigenfalls das Kartell zu lösen.

Coburg. Aufhebung des Kartellverhältnisses mit dem Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Diverse Anträge.

Ansbach. Die Generalversammlung wolle beschließen, daß die Meldehandbücher der Unterstufungs-Auszähler durch Spezialkarten ergänzt werden.

Leipzig (Böhme). Ausgabe eines einheitlichen Kilometerbuches an sämtliche Auszahlorte Deutschlands.

Düsseldorf. Die Generalversammlung möge einen Beschluß herbeiführen, wie sich die Mitglieder des Verbandes gegenüber den Zentralfaktionen der Goldschmiede, Former u. s. w. bei gegenseitiger Agitation zu verhalten haben.

Glauchau. Die Generalversammlung möge dahin wirken, daß die Beitragsmarken verkleinert oder die Feder vergrößert werden, damit man den Stempelabdruck im Buche zu sehen bekommt und dem Unfug mit abgestempelten Marken mehr gesteuert werden kann.

München, den 10. März 1893.

Dem Vorsitzenden der Delegierten-Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes!

A n t r a g.

Die Schweizer organisierten Metallarbeiter sind künftighin, wenn sie nicht sechs Monate dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehört haben, nur mit der Hälfte zu unterstützen, gleichwie es die Schweizer mit den Deutschen machen.“

Gründe zum Antrage.

Ich Entensunterzeichneter reiste vor 1 1/2 Jahren in der Schweiz und habe damals in St. Gallen und Zürich nichts, in Luzern 50 Cent. (40 S) und in Basel auch 50 Cent. (40 S) erhalten. Schweizer erhalten in beiden Orten 1 Fr. (80 S). Ich habe dies zu damaliger Zeit den Verwaltungen zu Freiburg und Konstanz mündlich, der Ravensburger Verwaltung schriftlich mitgeteilt mit der Bitte, es dem Vorstand in Stuttgart zu melden. Ich habe allerdings, als ich dieses Jahr wieder in der Schweiz reiste, zu meinem Bedauern bemerkt, daß es beim Alten geblieben, sogar noch schlechter mit der Unterstützung der Deutschen geworden ist. Ich habe dies Jahr, nachdem ich fünf Wochen die Schweiz kreuz und quer durchreist habe, im Ganzen 1 Fr. 80 Ct. (1 M 44 S) Unterstützung erhalten und zwar in Basel nicht, indem sich dort der Spängler-Fachverein erst wieder frisch gebildet hatte. Es ist wohl in Basel ein Schweizer Metallarbeiter-Verband, derselbe unterstützt aber nicht, in Biel bekam ich 40 Ct. (32 S), in Bern 60 Ct. (48 S), in Luzern 30 Ct. (24 S), in Winterthur vom Schweizerischen Metallarbeiterverband 50 Ct. (40 S). Schweizer oder Deutsche, die der Schweizer Organisation angehören, bekommen auf jeder Zahlstelle das Doppelte. Es ist dieses Doppelte schon eine schwache Unterstützung, ich muß aber beifügen, daß die Auszahlung größtentheils in Cases oder Restaurants ausgeführt wird, wo der Zugerreife gezwungen ist, ein Glas Bier zu trinken, wenn er sich nicht ganz dem Spott der Schweizer aussetzen will. Nun wird wohl jeder Genosse erwägen können, daß, wenn man wie zum Beispiel in Luzern 30 Ct. (24 S) bekommt und davon ein Glas Bier trinken muß, welches 20 Ct. (16 S) kostet, dies durchaus keine Unterstützung zu nennen ist, denn der bare Bestand der Unterstützung beträgt dann nur noch 10 Ct. (8 S). Umgehauen ist aber in Bern sowohl wie in Luzern vom Fachverein streng verboten.

Die Schweizer bekommen, wenn sie in Deutschland reisen und ihren Pflichten in der Schweiz nachgekommen sind, auf der ersten Zahlstelle, die sie besuchen, ein Metallarbeiter-Verbandsbuch ausgestellt und können in 5 bis 6 Wochen 25 M Unterstützung erheben, ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-

Verbandes kam in der Schweiz in der gleichen Zeit, wie es mir gegangen ist, nur 1 Fr. 80 Ct. (1 M 44 S) erheben. Ich bin seit 1889 aktives Mitglied der Fachvereine und seit August 1891 Mitglied vom Verband. Wenn man nun den Schweizern sagt, daß die Schweizer in Deutschland ebenso unterstützt werden, wie die Deutschen, so sagen sie einfach, es ist so beschaffen worden. Nun, ich glaube, was die Schweizer beschließen können, sind wir auch noch im Stande und es ist für die deutsche Metallarbeiterschaft keine Schande, wenn wir die Schweizer künftighin auch nur mit der Hälfte abpeisen, gerade so wie sie es mit den Deutschen machen. Daß die Schweizer von den Deutschen überlaufen werden, ist durchaus nicht der Fall, im Gegentheil, es riskieren mehr Schweizer in Deutschland als Deutsche in der Schweiz, und von den Deutschen die in der Schweiz reisen, sind die wenigsten im Verband. In Luzern war ich in 14 Tagen der erste Deutsche, der Unterstützung bekam. Ich habe in 5 Wochen nur zwei Deutsche getroffen, die im Verband waren.

Ich stelle obigen Antrag nicht aus Groß oder Feindschaft gegen die Schweizer, obwohl die Deutschen in der Schweiz sich sehr viel gefallen lassen müssen und man oft mit „Gaiber Schwob“ betitelt wird. Deshalb kann ich jedoch gegen die Schweizer keinen Haß führen, ich rechne es diesen Suten mehr der Dummheit zu. Mir ist ein schweizerischer organisierter Arbeiter ebenso lieb wie jeder andere, gleichviel, welcher Nationalität er angehört. Ich stelle meinen Antrag nur im Interesse des Verbandes und der reisenden Mitglieder und bitte, wenn irgend möglich, denselben anzunehmen.

Mit kollegialem Gruß  
Richard Jung, Kemptner.

Korrespondenzen.

Bernburg. Wer Andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Das können auch wir, die 1891 bei der Firma W. Stebensleben u. Co. auf das Pfister geworfenen Former und Hilfsarbeiter sagen. Wir hatten damals zwei „schneidige“ Ingenieure erhalten; deren Schneidigkeit war Schuld, daß wir Former und Hilfsarbeiter, 19 Mann, nicht wieder in dieser Fabrik anfangen konnten und so die eiven nach anderer Arbeit sich umsehen, verschuldete aber die Stadt verlassen mußten. Aber es dauerte nicht lange, da wurde die Schneidigkeit des Former-Ingenieurs Keubler abgestumpft, auch er wanderte zum Thor hinaus. Nun erfahren wir zu unserem Erstaunen, daß auch der andere Ingenieur (Hildebrand), der sich fast einbildete, der Fabrikant selbst zu sein, vor Kurzem zum Thor hinausgewandert ist. Diese Nachricht allen Kollegen in der Ferne, die damals wandern mußten.

Leipzig-Plagwitz. Da es mir durch Abreise unmöglich war, den Bericht in Nr. 9 der „D. M. Z.“ unter Prenzlau zu vervollständigen, so richtete ich die Bitte an die Redaktion, noch einen Nachtrag in unser Organ aufzunehmen. Es handelt sich hier um einen Formermeister mit Namen Franz Schabe. Derselbe hat sich beim Hamburger Formerstreik bereits „verdient“ gemacht, danach kam dieser „Ehrenmann“ nach Prenzlau als Meister, um hier sein „Genie“ im Pumpen und Schwindeln zu verwerthen. Soweit ist die Sache bereits in Nr. 9 berichtet. Nun wünschte ich noch, indem dieser Formermeister bereits wieder ein neues Feld seiner glücklichen Thätigkeit bezogen hat, daß die Kollegen dort auch rechtzeitig gewarnt werden. Der Sachverhalt ist der: Ich war als Formermeister nach Bukarest (Rumänien) engagiert in die Eisengießerei von Petshauer. Ehren-Schabe hatte eine Stelle in Neumünster. Als derselbe jedoch erfuhr, daß ich die Stelle in Bukarest hatte, konnte er nicht umhin, mir die Sache zu Wasser zu machen, indem er mich bei der Firma Kellhauer böswillig verleumdete und dadurch sich die Stelle sicherte. Nebenbei seien noch einige Proben seines Talentes angeführt, welche von Reichsmegen vor die Staatsanwaltschaft gehörten: Ein Kollege, welcher in Folge des Hamburger Streiks genöthigt ist, einen Handel mit Formersteinen zu betreiben, kam nach Prenzlau; Schabe betrieb einen Posten Winkel unter den Formern, zog das Geld dafür ein — und verbrauchte es für sich. Befagter Hamburger Kollege kolportierte zu gleicher Zeit den „Wahren Jakob“. Schabe, als „Genosse“, vertrieb den Jakob unter den Kollegen, zog das Geld dafür ein und behielt es für sich. Die Formerwerkzeug-Firma Schmeider aus Leipzig hat Schabe ebenfalls betrogen, indem er eine hübsche Summe für Werkzeug von den Formern einkaufte, um sie gleichfalls in seine Tasche zu lassen. Also Achtung, Kollegen. Der Mann heißt: Franz Schabe, stammt aus Leipzig und ist bis jetzt Verbandsmitglied gewesen.

Oldenburg. Mit unserer Kritik über die Eisengießerei von Meier u. Co. sollte nicht gesagt sein, daß die anderen Fabriken ein Paradies wären. Es herrschen hier in

den meisten Fabriken Zustände, die um nichts besser sind, als die in vorerwähnter. Das Wort kommt auch hier zur wahren Geltung: „Die Großen brechen den Kleinen den Hals, und die Erbkisten den Großen ebenfalls.“ Wer hätte nicht schon genug Gelegenheit gehabt, zu beobachten, wie das Großkapital auf seinem Siegeszuge alles ihm unbehaglich im Wege Stehende durch gute und böse Mittel in seine Gewalt bringt, unbarmerzig unter seinen ehernen Füßen zermalmt und in dem unerfütterlichen Schlund verschwinden läßt. Nicht allein, daß man versucht den einzelnen Arbeiter zu gebrauchen, wenn man Lust hat, ihn unbarmerzig auf's Pfaster zu werfen, wenn er für die Reaktionsfreiheit kämpft, nein, auch Reuten, die den Arbeitern hierin volle Bestimmungsfreiheit lassen, wird ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie ihre Untergebenen zu „liberal“ behandeln. Hieron ein drastisches Beispiel, welches zugleich eine Charakteristik bietet, wie Börsenfürsten (in diesem Falle das Bankhaus G. C. Weyhausen in Bremen) aus der scheinbaren Hilfe den Galgenstrick zu drehen wissen. Die jetzige Fabrik „Olbenb. Maschinen- und Elektrizitätswerke, A. G.“ wurde früher von Herrn Julius Telge, welcher ein sehr humaner Fabrikant gegen seine Arbeiter war, in kleinem Umfange als Maschinenfabrik gegründet und allmählich erweitert. Als später das Projekt aufkante, elektrische Anlagen herzustellen, um die Stadt mit diesem Licht zu versorgen, mangelte es an den nötigen Kapitalien. Durch Vermittlung erhielt Herr Telge durch obenanntes Bankhaus Kredit bis zu 400,000 M. Über die Verwendung des Lichtes für die Geschäftsläden wurde bereitwillig, indem selber der Magistrat seine Genehmigung versagte. Man darf jedoch nicht glauben, daß nun das Geld des Bankhauses gefährdet gewesen sei; denn Konsul Weyhausen erbot sich, die Fabrik zu übernehmen und Herrn Telge 75,000 M. auszuzahlen, welchen Vorschlag derselbe annahm, der aber seitens Weyhausen's nicht gehalten wurde. Weyhausen suchte man auf billigerem Wege Inhaber des Betriebes zu werden. Dieser Zweck wurde dadurch erreicht, daß Telge vollständig aktionsunfähig gemacht wurde. Nunmehr versuchte das Bankhaus, Telge zu heilimmen, die Fabrik in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, wovon derselbe aber nichts wissen wollte. Im vorigen Jahre kam Konsul Weyhausen und brachte es durch Ueberredung fertig, die Unterschrift zur Einwilligung zu erhalten. Und Telge, der sich mit Wörtern und Aktiendankbeneden sonst nicht eingelassen hatte, wurde hiermit die Schlinge um den Hals gelegt, es fehlte nur noch der geeignete Moment, um dieselbe zuzuziehen. Der Anfang wurde schon bei der Inventur-Aufnahme gemacht, indem man von seinem Vermögen 50,000 abzuziehen sich erlaubte. Das Ende vom Lied war nun das: Da Herr Telge keine gegen die Statuten verfehlende Handlungen mitmachen wollte, weil er die Arbeiter nach Ansicht der Gesellschaft zu „liberal“ behandelte, wurde er aus dem Vorstande entfernt und mußte seine in der Fabrik inne gehabte Wohnung räumen. Hier kann man sich ein Bild machen, wie das Kapital Alles was ihm hinderlich ist, unbarmerzig zertritt. Jetzt hatte man ja vollkommene Freiheit, den Arbeiter auszubehalten wie man wollte, und eine geeignete Persönlichkeit fand sich auch dazu. Es wurde nämlich zum Direktor des ganzen Betriebes ein gewisser Segewski (ein Pole von Geburt) ernannt. Bei den Arbeitern erweckte dies natürlich keine Freude. Denn was dieser für eine Persönlichkeit ist, hat sein Auftreten in seiner lehninnehabenden Stellung als Direktor der Maschinenfabrik von Anton Meier uns deutlich genug gezeigt. Hier in dieser Fabrik eignete es sich vorigen Jahres im November, daß beim Gehen ein Arbeiter von der beim Ofen befindlichen Treppe herabstürzte und bewußtlos liegen blieb. Der Werkmeister schickte einen Böhrling nach dem Arzt, welcher auch augenblicklich kam und den Verunglückten in Behandlung nahm. Da trat der Polak Segewski in die Werkstätte, schlug den Böhrling, der den Arzt geholt hatte und jetzt bei demselben stand, um die weiteren Befehle desselben zu erwarten, mit voller Faust in's Gesicht, indem er sagte: „Was steht Du hier, Du Laufesunge?“ und schimpfte den Werkmeister aus, daß er den Arzt hatte holen lassen. Ueber diese Brutalität sagte selbst der Arzt: „Das ist aber ein sehr unklugwörter Mensch.“ Und der Arzt hatte recht, denn der Polak hätte ja lieber gesehen, daß der betreffende Arbeiter ins alte Eisen gekommen wäre. Bei ihm zu Haus, wo die Krute herrscht, kennt man ja kein Mitleid mit den Arbeitern. Nach diesen Verfällen kann man sich die Stimmung unter den Arbeitern denken, als er bei uns als Direktor eintrat. Denn viel Anderes als schimpfen hört man von ihm nicht. Der 29jährige Pole hat ein Gehalt von 6000 M. nebst freier Wohnung zu 1000 M. sowie 15 Prozent vom Reingewinn. Zum Frühstück trinkt er Champagner und den feinsten Cognac. Dafür aber spioniert er in der Fabrik, ob auch Alles richtig schuffet. Demjenigen, der spricht oder

sonst nicht nach seinem Willen thut, befördert er schleunigst an die frische Luft, die resten auf's Pfaster, denn wehe Dem, welcher des Poles Unwillen erweckt hat. Gelegentlich sagte der Meister bei einer Arbeit zu ihm, daß die Arbeiter das nicht machen könnten. Doch der Polak sprach: „Dann schaffen Sie sich eine Krute an.“ Wahrscheinlich rüffelt er stehen aber glücklicher Weise nicht auf so niedriger Kulturstufe, daß wir uns trotz der fargen Löhne für unsere anstrengende Arbeit auch noch Krutenbische gefallen lassen sollten. Besten Sonnabend wurden auch zwei Formier an die Luft gesetzt. Kollege W., der den „Wahren Jakob“ hatte, stand vor seinem Schrank, indem er sich etwas von seiner Arbeit aufnotierte. Hierbei kam ein Kollege zu ihm und nahm für sich einen „Jakob“ aus dem Schrank. In diesem Moment kam der Pole in die Thüre und sah dies, 5 Minuten später wurde den beiden gekündigt mit dem Vermerk: „Die Weiden, die das Flugblatt gelesen haben, müssen heut' Abend aufhören.“ Als Kollege W. selbst hinauf ging, um sich bei ihm zu erkundigen, aus welchem Grunde er aufgehoben wurde, war er „föhn“ genug, Arbeitsmangel vorzuschützen. Daß dies nicht der Fall war, das beweist, daß 2 Tage später wieder Formier eingestellt wurden, demzufolge kann von Arbeitsmangel keine Rede sein. Man könnte noch viele Beispiele anführen, denn dies sind nur vereinzelte Fälle, die wir herausgreifen. So sind auch die färglichen Löhne, welche die leigt angefangenen Handarbeiter bekommen, von 2 M. 20 S auf 1 M. 80 S reduziert worden. Es sind die Formierlöhne auch nicht glänzend, denn sie betragen 2 M. 70 S pro Tag und die Schlosserlöhne gar 2 M. 40 S. Es läßt sich auch denken, daß es so ist, wenn wie da ungefähr 30 gelehrte Arbeiter sind und 14 Beamte herumlaufen, die ihr färgeres Gehalt beziehen, wie der oben erwähnte Polak. Ihr seht, Kollegen, daß die Verhältnisse der Metallarbeiter hier in Oldenburg gerade nicht die glänzendsten sind, darum Kollegen, die Ihr unserer Organisation noch fern steht, wacht auf und schließt Euch uns an, damit endlich einmal die Bläulie des Proleteniums aufhört. Denn nur in geschlossenen Reihen können wir dem unwürdigen Dasein ein Ziel setzen.

**Soran.** Recht nette Zustände scheinen in der Eisengießerei von Nikolaus in Orltrand zu herrschen. Montags Fröh kommt Herr Nikolaus mit Bibel und Gesang, um seine Leute „geistig“ zu stärken, wobei er sich des schönen Spruchs bedient: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth.“ Was aber Sonnabends bei ihm keine Gültigkeit hat! — Achtung Kollegen! Herr Nikolaus sucht Formier bei „hohem Lohn“. Dieser beträgt 15—20 S pro Stunde. N. hält auch einen „kräftigen“ Mittagstisch bereit. Auch äußerte er, keinen organisierten Arbeiter in seiner Fabrik zu dulden, da dieselben nur seine Leute „aufwiegeln“ und zur „Unzufriedenheit“ verleiten.

**Klempner.**

**Hamburg.** (Sektion der Klempner.) Versammlungsbericht vom 28. Februar. Vor Eintritt in die Tagesordnung ersuchte der Vorsitzende die Versammlung, sich zu Ehren des verstorbenen Mitgliedes Schräbner von den Sigen zu erheben, welches geschähe. Zum 1. Punkt erstatteten Sejmorowski und Gemme Bericht vom Gewerkschaftskartell, derselbe wurde ohne Diskussion entgegengenommen. Zum 2. Punkt, Anträge zur General-Versammlung, wurde beschlossen, sämtliche Anträge dem Sektionsvorstand zur Prüfung zu überweisen. Von Gemme wurde ein Antrag zur Generalversammlung gestellt, zwecks Arbeitslosenunterstützung, lautend: „Verheirateten Mitgliedern mit unermüdeten Kindern und Mitgliedern, welche am Ort Eltern oder Geschwister zu ernähren haben, kann eine Unterstützung seitens des Verbandes bei andauernder Arbeitslosigkeit gewährt werden, wenn dieselben bereits über 50 Wochen Mitglied sind. Die Höhe der Unterstützung für diesen Zweck darf innerhalb eines Jahres in keinem Fall 30 M. übersteigen.“ In der Diskussion über diesen Antrag gingen die Ansichten weit auseinander. Eine Abstimmung wurde nicht vorgenommen und somit ist der Antrag dem Sektionsvorstand überwießen. Zum 4. Punkt, Sommertour, wurde nach lebhafter Diskussion beschlossen, ein Sommervergnügen in der Nähe Hamburgs (Finktor) abzuhalten, im Falle ein geeignetes Lokal nicht zu haben sein sollte, ist der Vorstand ermächtigt, für eine Dampfertour Sorge zu tragen. — Versammlungsbericht vom 12. März. Auf der Tagesordnung stand: 1. Stichwahl zur Generalversammlung. 2. Mitteilung des Sektionsvorstandes. Vor der Wahlhandlung gibt der Vorsitzende das Resultat der Stichwahl bekannt. Danach sind in der 34. Wahlabtheilung abgegeben 215 Stimmzettel. Das absolute Mehr erhielten: Witt mit 143, Schulz mit 141 und Bangner mit 124 Stimmen. In die Stichwahl kamen Sejmorowski mit 101 und Breideneich mit 70 Stimmen. Nach

dieser Bekanntmachung wurde die Stichwahl vorgenommen. In die Wählerlisten zeichneten sich 93 Mann ein, Stimmzettel wurden abgegeben 93, davon erhielt Sejmorowski 65, Breideneich 8 Stimmen. Zum 2. Punkt wurde vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß es dem Vorstand nicht möglich war, für das Sommervergnügen ein zu einer Finktour für uns sich eignendes Lokal zu finden, man habe dann sofort für eine Dampfertour das Nötige geregelt. Die Ausfahrt findet statt am Sonntag, den 6. August, Vormittags 11 Uhr, nach Schulau mit einem Salon-dampfer der Harburger Linie. Betreffs der am 1. oder 2. Sonntag nach Pfingsten stattfindenden Morgentour soll in einer späteren Versammlung Beschluß gefaßt werden.

**Metall-Arbeiter.**

**Aachen.** In der am 12. März abgehaltene Versammlung des D. M. A. entspann sich zu Punkt 2 eine sehr erregte Debatte. Dahmen beantragte, den gewählten Delegierten zu beauftragen, auf der Generalversammlung dahin zu wirken, daß folgende Punkte berücksichtigt werden: In irgend einer Form dafür zu stimmen: a) daß die Delegiertensteuer bedeutend reduziert wird, b) daß arbeitslose Verbandsmitglieder während der Arbeitslosigkeit von der Beitragspflicht, sowie von der Delegiertensteuer befreit werden, und wenn möglich, auch dahin zu wirken, daß den verheirateten arbeitslosen Mitgliedern in etwas eine Unterstützung gewährt wird. Ortmanus beantragte, daß die Beiträge auf 10 S ermäßigt werden, sollte der Verband dadurch nicht seine bisherigen Leistungen fortsetzen können, so könnte die Zeitung alle 14 Tage ausgegeben werden. Strick stellt den Antrag, dahin zu wirken, daß solchen Kollegen, welche in Folge von Arbeitswechsel verzehren mühten, Unzulagkosten vergütet werden. Fischer bittet den Antrag Witt und Genossen in Ehemnie zu unterstützen. Schell spricht für Auflösung des D. M. A. und Gründung eines allgemeinen Arbeiterverbandes. Nach 1 1/2 stündiger Debatte nahm Bennarts Vervollständigung, darauf hinzuweisen, daß manche Geld für Schnaps und so weiter hätten, aber 15 S für den Verband wäre denselben zu viel. Er bittet den Antrag Ortmanus zurückzunehmen, da wir geistige Nahrung zu wenig hätten. Dann stellte derselbe Schlusstrag. Nachdem derselbe angenommen, forderte selber das Wort, da er sich beleidigt glaubte, und als ihm dasselbe nicht erteilt wurde, trat er aus dem Verbands aus. Es wurde beschlossen, den Delegierten im Sinne der Antragsteller zu informieren. Hierauf legte Schell die Abrechnung vor. Dieselbe wurde von den Delegierten als richtig erklärt und Decharge erteilt. Der Bevollmächtigte ergriff dann das Wort, um den ausgebrochenen Streik der Adler der Firma Guhn zu beleuchten; er führte aus, daß dieses innerhalb 6 Jahre die vierte Lohnreduktion wäre und mühte Sorge getragen werden, daß hier ganz energisch Abwehr geschähe und kein Zerplittern statfinde, dann wäre der Sieg sicher. Nachdem derselbe noch alle Mitglieder aufgefordert hatte, die Organisation zu unterstützen und zu befördern, schloß er die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

**Berlin.** Der Streik in der Telegraphenbauanstalt von Groos und Graf, Luisen-Ufer 44, beschäftigte am 21. März eine gut besuchte öffentliche Mechaniker-Versammlung in Nordert's Saal, die unter der Leitung des Mechanikers Thomä tagte. Der Mechaniker Neumann beleuchtete die Ursachen des Streiks. Am letzten Freitag sei in der Fabrik von Groos und Graf ein Plakat angeschlagen worden, das erstens einen Nachtrag zum § 7 der Fabrikordnung enthalte, Inhabts dessen Stellenpapier, Speiserekte usw. bei Vermeidung sofortiger Entlassung nicht mehr weggenommen werden dürfen, und zweitens der 25prozentige Zuschlag für Ueberstunden fortfallen solle. Es sei den Mechanikern durch die Lohnbewegung im Jahre 1890 gelungen, eine neunstündige Arbeitszeit und 25 Proz. Lohnerhöhung für Ueberstunden zu erringen, diese Errungenschaft wolle man jetzt wieder beseitigen und eine Erhöhung der Arbeitszeit einführen. Sei das erst in einer Fabrik gelungen, so würden die übrigen bald nachfolgen. An die Schraubendreher habe die Firma zunächst das Ansuchen gestellt, ohne Gewährung eines höheren Lohnes länger zu arbeiten, wogegen sie ohne Erfolg protestiert hätten. Als die Schraubendreher, 3 Mann, entlassen seien, weil sie ohne Zuschlagslohn keine Ueberstunden machen wollten, erklärten sich die bei der Firma beschäftigten Mechaniker in einer Werkstättenversammlung mit ihnen solidarisch und beschlossen, das Ansuchen der Fabrikanten zurückzuweisen. Eine Fünferkommission sei dann mit der Fabrikleitung in Unterhandlung getreten, ohne ein Ergebnis zu erzielen; Graf habe vielmehr erklärt, die Schraubendreher nicht wieder einstellen zu wollen. Darauf hätten die Mechaniker die Arbeit niederlegen müssen. Eine Versammlung des Metallarbeiter-Ver-

bandes, die am Sonntag tagte, habe sich mit den Ausständigen solidarisch erklärt und beschlossen, sie zu unterstützen. Ausständig seien 66 Mann, darunter 32 Verheiratete mit 55 Kindern. Schraubendreher Strick erklärte, er und die beiden anderen Schraubendreher „verzichteten“ auf die Wiedereinstellung, wenn dadurch der Sieg der Mechaniker erreicht werde. Näher berichtete im Namen der vom Metallarbeiterverband gewählten Kommission, daß auch ihre Unterhandlungen mit den Chefs der Firma Groos u. Graf ohne Ergebnis gewesen seien. Er habe denselben nachgewiesen, daß die zur Werkstättenordnung einseitig erlassene Zusatzbestimmung der gesetzlichen Gültigkeit entbehre. Diese Zusatzbestimmung fallen zu lassen, hatten sich die Chefs zwar bereit erklärt, nicht aber zur Wiedereinstellung der Schraubendreher und der Zurücknahme der Erklärung über die Ueberstundenarbeit. Hoffmann, Werkmeister bei der Firma Groos u. Graf, nahm dieselbe in Schutz. Die Firma bezahle ihre Arbeiter gut, was von verschiedenen Mechanikern bestritten wurde. Sämtliche Uebernehmer erklärten, die Streikenden seien zur Niederlegung der Arbeit berechtigt gewesen, und es wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt den Streik der Kollegen der Firma Groos u. Graf für gerechtfertigt und verpflichtet sich, die Ausständigen moralisch und materiell zu unterstützen.“ Es wurde sodann noch die Geldfrage besprochen. Da betont worden ist, daß es in großen Verhältnissen unthunlich sei, Listen zirkulieren zu lassen, beschloß die Versammlung die Ausgabe von Bous und Listen durch den Vertrauensmann der Mechaniker, Flegler, an die Vertrauensleute der Werkstätten. Es sollen Bous für 20 S ausgegeben werden. Als jetzt sind, wie noch festgestellt wurde, vier Mechaniker bei der Arbeit geblieben, auch zwei sogenannte Streikbrecher eingetreten.

**Bremen.** Dem Düsseldorf Agitationskomitee des D. M. A. war es gelungen, auch hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung behufs Gründung einer Verwaltungsstelle des D. M. A. abzuhalten. Dieselbe fand am Sonntag, den 12. März im Lokale des Herrn Gehen in Esen statt und war von zirka 80 Personen besucht. Das Referat hatte Genosse S. Gelbing-Düsseldorf übernommen. In treffenden Worten schilderte derselbe die Noth und das Elend unter der arbeitenden Bevölkerung, sowie die heutige kapitalistische Produktionsweise als Ursache. Mit der größten Anfaerzämkeit folgten die Anwesenden den Worten des Referenten und wurde demselben lebhafter Beifall zu Theil. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die heute den 12. März im Lokale des Herrn Gehen in Esen stattfindende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt die Ausführungen des Referenten S. Gelbing als voll und ganz zutreffend und erklärt, mit aller Energie für Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisationen einzutreten und die Gründung einer Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu unterstützen.“ Alsdann wurde den Kollegen Meißberg und Specht das Weitere zur Gründung der Verwaltungsstelle übertragen. Und so hoffen wir, daß dieselbe auch gedeihen möge, um den hiesigen Metallarbeitern das Klassenbewußtsein zu heben. Wenn man bedenkt, daß dies überhaupt die erste öffentliche Versammlung war, welche wir hier abhalten konnten, so können wir mit dem Resultat wohl zufrieden sein und wird es nun Pflicht der aufgeklärten Arbeiter sein, für eine kräftige Agitation hier weiter zu sorgen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit auch die Kollegen und Genossen der anderen Orte darauf aufmerksam machen, sich in Agitationsangelegenheiten für den Verband (Abhaltung von Versammlungen, Besorgung von Referenten u. s. w.) an das Agitationskomitee in Düsseldorf zu wenden. Zuschriften sind zu richten an den Bevollmächtigten W. Gotthausen, Düsseldorf, Herzogstr. 91.

**Güstrow.** In unserer letzten Mitglieder-Versammlung wurde unter Anderem die hier seit Kurzem gegründete „Herberge zur Heimath“ kritisiert, da dieses Unternehmen gerade der Gegenfag unserer Bestrebungen ist. Deshalb machen wir die reisenden Kollegen darauf aufmerksam, daß sich unsere Herberge bei Frau Jörn, Grüner Winkel Nr. 28, befindet. Zum Schluß wies Kollege Stabe noch darauf hin, daß die älteren Kollegen sich den Versammlungen so sehr fern hielten. Kollegen, unser Verband ist doch die einzige Waffe, die wir gegen das Kapital besitzen, und die Vere der Metallarbeiter Güstrow's ist doch auch nicht so glänzend, daß die Kollegen es nicht mehr der Mühe werth finden dürfen, die Versammlungen zu besuchen. Darum beschloß die Versammlung besser, denn nur da ist der Platz wo Ihr über Mißstände diskutieren könnt.

**Heidelberg.** Vor einigen Tagen hatte die „Centralisation“ eine öffentliche Versammlung ins „Redarthal“ einberufen, betreffs Stellungnahme zum Gewerkschaftsgericht. Der Wirth war damit einverstanden, aber in letzter Stunde verweigerte

er die Vergabe des Saales. Wir waren deshalb moralisch verpflichtet, uns um ein anderes Lokal umzusehen, und es steht uns jetzt der Zwinger zur Verfügung. Kollegen, ich möchte jetzt Euch bitten, das "Medarthal" zu meiden und nur in unserem neuen Lokale zu verkehren, überhaupt nur dort, wo Arbeiterzettelungen, resp. die "Volkstimme" auflegt. Die Versammlungen finden nach wie vor alle 14 Tage statt und zwar von jetzt ab im kleinen Saale des "Zwinger". Nächste Versammlung Osterfesttag.

**Hannau.** Am 11. März fand die monatliche Mitgliederversammlung statt. Kollege Edder erstattete Bericht über die am 5. März zu Neu-Fienburg abgehaltene Bezirks-Konferenz. Die Versammlung ist mit den Arbeiten der Konferenz einverstanden, jedoch mißbilligt sie den Beschluß, den Antrag zur Generalversammlung zu stellen, die Reiseunterstützung in Zukunft nicht mehr auszubehalten; die Versammlung erblickt darin eine Schädigung für den Verband. Bei Punkt 2 wurde Kollege Hillmann als Zeitungskolporteur gewählt und werden die Kollegen ersucht, ihre Adressen bei dem Bevollmächtigten anzugeben, zwecks Zustellung der Zeitung. Zu Punkt 3 stellte Kollege Vorast den Antrag, eine Unterstüßungskasse zu gründen. Er begründete seinen Antrag dahin: da man laut Statut für die in der hiesigen Gewerkschaft befindlichen arbeitslosen Unterstüßungsbedürftigen nichts ausbezahlen kann, müßte man einen Fond gründen, damit, wenn ein derartiger Fall vorkommt, man Geld zur Hand hat. Der Antrag wurde angenommen und hat jedes Mitglied vom nächsten Samstag ab 8 J in die Unterstüßungskasse abzuführen.

**Hof.** Berichtung. In Nr. 11 sind die Namen der Gewählten nicht richtig, es sind gewählt: als Schriftführer Mittel, als Revisoren Dreßler, Kolb und Meigner.

**Kiel.** Mitgliederversammlung vom 15. März. Kassenbericht. 1. Verbandskasse. Einnahme: Kassenbestand laut letzter Abrechnung M 401,65, Beitrittsgebühren von 47 männlichen Mitgliedern 14,10, 3381 Beiträge 499,65, Extra-Marken à 10 J 80, Delegiertenmarke à 25 J 87,25, Summa 1002,95. Ausgabe: Reiseunterstützung 63,18, 33 1/2 Proz. für örtliche Ausgaben 166,55, an die Hauptkasse abgeliefert 401,65, letziger Kassenbestand 371,60, Summa 1002,95. Lokalkasse. Einnahme: Kassenbestand 240,44, an Ort bleibende Procente 166,55, Marken zum Unterstüßungsfonds 191,20, Summa 598,19. Ausgabe: Preßfonds 150, Agitation 13,50, für die ausgeperrten Vergleute (Saargebiet) 100, Arbeitslosenunterstützung 128, diverse Ausgaben 105,80, letziger Kassenbestand 99,89, Summa 598,19. Die Mitgliederzahl beträgt 744 (männliche). Das Resultat der Delegiertenwahlen zur Generalversammlung ist folgendes: Bei der ersten Wahl wurden gewählt: S. Friemann und E. Kappel-Kiel, bei der Stichwahl Christophers-Preeß.

**Lübeck.** Am 6. März hielt die hiesige Zahlstelle ihre Mitgliederversammlung ab. Bei Beratung der Anträge des Hauptvorstandes zur Generalversammlung wurde zu § 8 Abs. 2 bemerkt, daß, wenn der Fall eintritt und ein Mitglied um Unterstüßung nachsucht, es viel zu umständlich sei, an den Hauptvorstand darüber zu berichten. Die Regelung dieser Unterstüßung solle der Ortsverwaltung überlassen bleiben. Auch zu § 14 Abs. 7 beauftragte die Versammlung den Delegierten, auf der Generalversammlung dahin zu wirken, daß der 25 Proz., ebensinnig 20 Prozent am Orte verwaltet würden und nicht nach der Hauptkasse geschickt werden sollen. Mit den weiteren Anträgen des Hauptvorstandes erklärte sich die Versammlung einverstanden. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung verlas der Bevollmächtigte das Wahlergebnis. Es erhielten Nieder 108, Seß 2, Hamel 25 Stimmen. Demnach ist Nieder gewählt. Im Fragelasten befanden sich 8 Fragen. In einer derselben wurde angefragt, wie es käme, daß wir hier keine weiblichen Mitglieder aufzuweisen haben. Es wurde erklärt, daß sich jetzt noch keine Frauen bei der Ortsverwaltung gemeldet hätten, doch sei Aussicht vorhanden, in nächster Zeit auch Frauen als Mitglieder in unserer Zahlstelle zu haben. Im Verschiedenen machten unsere Kartelldelegierten bekannt, daß vom Kartell beschlossen worden sei, Sammellisten zur Unterstüßung der ausgeperrten Bergarbeiter des Ruhr- und Saargebietes herauszugeben. Hieran schloß sich eine längere Debatte. Einige Kollegen wunderten sich, daß vom Hauptvorstand hierzu noch keine Anregung gegeben worden sei. Zum Schluß wurde angefragt, was unser Vertrauensmann Cappel eigentlich mache. Derselbe ist am 9. November 1892 zum Vertrauensmann für Schleswig-Holstein gewählt worden, hat aber bis jetzt noch nichts von sich hören lassen. (S. vorige Nummer. Red.)

**Meißen.** Am 11. März fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. In derselben hielt Kollege Schiemann-Leipzig einen Vortrag über: "Die kapitalistische Produktionsweise und die Verarmung der

Massen." 2. Punkt: Es war eine Stichwahl zwischen Hofmann-Döbeln und Krause-Penig als Delegierte zur Generalversammlung vorzunehmen. Hofmann erhielt 18 Stimmen, Krause 8. Ferner erstattete der Vertrauensmann Bericht über die Abrechnung von Januar-Februar, welche von den Revisoren für richtig erklärt wurde. Zum 3. Punkt wurde Kollege Kallmeier als Delegierter zum Gewerkschaftskartell gewählt.

**Regensburg.** Am 11. März fand eine Versammlung des D. M. V. statt. Nachdem der erste Punkt erledigt, wurde Kollege Telgel als Delegierter gewählt zu der am nächstfolgenden Montag stattfindenden Sitzung der Gewerkschaftsgerichtskommission. Im Weiteren wurde die Abrechnung dieser Kommission verlesen. Zum Punkt 3 hielt der Schriftführer einen ca. 1stündigen Vortrag über die Bedeutung des 1. Mal. Indem er zeigte, wie die gegenwärtige bebrängte Lage des gesetzlich für frei erklärten Arbeiters sei, schloß er das verlangte Arbeiterschutzesgesetz und den Achtstundentag, alle Kollegen auffordernd, zur Teilnahme an dieser Feier. Bei Verschiedenes wurde ein Antrag, betr. Ernennung von Unterkassieren und Werkstättenzettelungskolporteur abgelehnt in Anbetracht der geringen Mitgliederzahl und der damit später Hand in Hand gehenden Interessentlosigkeit der Kollegen an Vereinsversammlungen. Es wurde jedoch einstimmig beschlossen, im Monat März noch eine öffentliche Metallarbeiterversammlung abzuhalten. An Stelle des beim Willkür stehenden Revisors Seß wurde Kollege Telgel als Revisor gewählt.

**Stuttgart.** Unter "Stellungnahme zu den Anträgen der Generalversammlung" hatte die hiesige allgemeine Versammlung von den veröffentlichten Anträgen insbesondere den auf Erhöhung der Beiträge behandelte, der darauf abzielt, der Hauptkasse so viel Mittel zukommen zu lassen, als dieselbe unbedingt notwendig hat, um die Ausgaben respektive die Ansprüche begleichen zu können. Die Verwaltung hatte zwei Anträge gestellt, wovon der eine verlangte, regelmäßig monatlich 5 Wochenbeiträge einzuzahlen, der andere wollte eine monatliche Extraksteuer von 10 J zur Schaffung eines Streikfonds festsetzen. In langer, theils heftiger Diskussion wurden die Anträge behandelt und wurden am Schluß derselben alle Anträge auf Erhöhung der Beiträge abgelehnt und mit schwacher Majorität eine Resolution mit folgendem Wortlaut angenommen: "Stehe den Anträgen, die Generalversammlung wolle beschließen, die Beiträge zu belassen wie sie bisher eingezogen worden sind. Die prozentuale Ziffer der organisierten Metallarbeiter im Verband ist noch zu klein und die Wohnverhältnisse in Deutschland sind derart, daß eine Erhöhung der Beiträge in allen Branchen agitationsmäßig gegen uns wirken muß."

**Siegen.** Doppelten Gewinn von seinen Arbeitern einzubehalten, ist ein hiesiger Nöhrenfabrikant Namens Jaffe. Derselbe, welcher ein echt konservativer reichstreuher Patriot ist, besitzt neben seiner Nöhrenfabrik noch ein Kolonial-, Kurz- und Wolllwaren-geschäft. Er hält nun seine Arbeiter an ihren „glänzenden“ Verdienst bei ihm zu lassen. Daß natürlich die Arbeiter darauf sehen müssen, ihre sauer verdienten Groschen auch wieder zu ihrem „Arbeitgeber“ zu tragen, um bei dem gnädigen Herrn in Arbeit zu bleiben, beweist ein letzthin vorgekommener Fall. Das Kind eines Arbeiters der Fabrik kam am Geschäft des Fabrikanten vorbei, als die Frau an der Thüre stand; diese trug dem Kinde auf, seine Mutter mal zu ihr zu schicken. Als die Mutter zu der „gnädigen Frau“ kam, wurde ihr von dieser berichtet, daß sie die letzten Wochen nicht so viel Waaren bei ihr entnommen wie früher, sie hoffe, daß das sich bald ändere. Die Frau des Arbeiters erwiderte, sie könne doch ihre Waaren holen wo sie wolle, darin könne man ihnen doch keine Vorstrafe machen. Mit einer solchen Erwiderung kam sie aber schlecht an, denn die allgewaltige Frau des Fabrikanten faßte die Frau des Arbeiters beim Arme und schob sie zur Thüre hinaus. Dieses war deutlich gesprochen: Wo Ihr Euren Waaren holt, könnt Ihr auch Euren Verdienst suchen. Leider hat sich aus der ganzen Fabrik noch Keiner dem Verbands angeschloßen.

**Wandlbed.** Am 15. März fand die Mitgliederversammlung des D. M. V. statt. Die Abrechnung für die Monate Januar und Februar ergab eine Einnahme von M 132,87, eine Ausgabe von 101,16, Kassenbestand 31,71. Nach Erledigung der Stichwahl zwischen Dreibeinich und Rejzorosky wurde im 3. Punkt der Antrag, unser Stiftungsfest abzuhalten, abgelehnt. Alsdann wurden noch verschiedene Anträge an die Generalversammlung zum Statut angenommen. Der Vorsitzende erklärte, daß er die öffentliche Versammlung nicht hatte einberufen können, weil er keinen Referenten bekommen konnte, er wolle sich aber nochmals an Stättenfeld wen-

den, damit wir in nächster Zeit eine Versammlung abhalten können.

**Wandlbed.** In einer sehr gut besuchten Versammlung am 13. März erläuterte der Bevollmächtigte die wichtigsten Anträge zur Generalversammlung eingehend. Die Frage der Arbeitslosenunterstützung fand ungetheiltesten Beifall. Gegen den Antrag des Vorstandes, die Beiträge auf 20 J zu erhöhen, spricht sich die Versammlung aus, wenn den Mitgliedern nicht weitere Rechte eingeräumt werden. Dagegen kann sich die Versammlung auch nicht damit einverstanden erklären, die 33 1/2 Prozent örtliche Ausgaben auf 25 Prozent zu kürzen, wie einige Anträge bezweckten. Der Delegierte wird ersucht, in diesem Sinne zu wirken. Beschlossen wurde ferner, künftig die Versammlungen am Montag Abend abzuhalten und wenn möglich immer einen Vortrag damit zu verbinden. Hierauf wurden verschiedene Mißstände in hiesigen kleinen Werkstätten besprochen. Bei diesen „Meistern“, die in Folge der Konkurrenz immer billiger arbeiten, ist es Mode, diesen Unfall stets auf die Arbeiter zu wälzen und diese mehr und mehr anzutreiben. Ganz sklavensartige Zustände sollen in einigen Werkstätten bestehen. Dagegen wird bei einigen Metallbildhauern und Gärtnern die Ausbeutung von Kindern in schamloser Weise betrieben, gegen wenige Fernmitte Lohn in der Woche geht es bei diesen Kleinen von der Schule zur Arbeit. Der Herr Fabrikinspektor könnte bei einer unerwarteten Besichtigung dieser „Betriebe“ ein Bild über die „schönen Zustände“ dahier erhalten. Früher war es Sitte, den Arbeitern Morgens Kaffee in den meisten Werkstätten zu geben, seitdem einige Fabrikanten das Frühstück aufgeben, ahnen auch andere es nach. Würde es die Verkürzung der Arbeitszeit oder Lohnerrhöhung betreffen, wollten diese Leute vom „Nachhassen“ nichts wissen. Dabei macht man den Arbeitern noch vor und „ermahnt“ sie, ihre Groschen nicht den „Führern“ anzuhängen. Das wäre den Herren Gegnern allerdings ein „gewähltes Viehchen“, wenn die Arbeiter ohne „Führer“, ohne Organisation sich für alle Zeiten die saueren „Arbeitermarkt“ und Thaler — mit „Groschen“ begnügen sich die Herren ja nicht — aus ihren Taschen holen ließen und dafür sich noch alleruntertänigst bedanken wollten. Aber der „Dusler“ und Schlafhauken werden weniger und das Klassenbewußtsein der Arbeiter wird immer mehr ge-

weckt, und trotz aller Manipulationen lernen dieselben fort und fort den Mahnruf mehr beherziger: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

**Wandlbed.** Am 11. März hielten die hiesigen Einzelmitglieder im Restaurant Belvedere eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Friedrich Schmidt erstattete Kassenbericht für Januar-Februar. Einnahme inkl. Kassenbestand M 242,56, Ausgabe M 144,51, bleibt Kassenbestand M 98,05. Sodann wurde an Stelle des früheren Vertrauensmannes Kollege Wilhelm Winkler gewählt, da ersterer sein Amt Familienverhältnisse halber niedergelegt. Darauf erstattete Kollege Eylora den Situationsbericht über 5 Werkstätten, an welchen sich eine rege Debatte knüpfte. Nachdem noch eine Sgledrige Kommission betreffs Weiterführung des Situationsberichtes sich gebildet hatte, wurde auch die Frage über einen hier zu gründenden Arbeitsnachweis angeregt, welcher Punkt zwar unterstützt, aber wegen vorgeschrittener Zeit zur nächsten Versammlung vertagt wurde.

**Schlösser u. Maschinenbauer.** **Hamburg.** Die Sektion der Schlösser, Dreher und Maschinenbauer hielt am 12. März eine Extramitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung entstand eine Debatte, indem Schmeer wünschte, daß die Tagesordnung in jeder Versammlungs-Annonce mit bekannt gegeben werde. Auch wurde von Junge angeregt, daß die Annoncen für sämtliche Sektionen unter einem gemeinschaftlichen Kopf, „D. M. V.“, publiziert werden. Hierauf fand die Stichwahl zwischen Rejzorosky und Dreibeinich statt. Die Beratung der Anträge zur Generalversammlung rief eine lebhafteste Debatte hervor und wurde die Seiten des Hauptvorstandes aufgestellte Aenderung der Statuten einestheils gut gesehen, andertheils kritisiert. Da die Zeit leider sehr gemessen war und sämmtliche Aenderungen nicht durchgenommen werden konnten, so wurde der Antrag, die weitere Beratung in einer kombinierten Mitgliederversammlung vorzunehmen, angenommen.

**Feilenhauer.** **Leinweber.** Der Streit der Feilenhauer und Schleifer dauert unverändert fort. Die Stimmung unter den Streitenden ist eine sehr gute. Als Ueberläufer ist Einer, Schindler aus Leinweber, zu verzeichnen, sonst Alles beim Alten.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

#### Bekanntmachung.

Nachstehend geben wir eine Uebersicht über die Vertheilung der vom Verband vom 1. Jan. 1892 bis 31. Dez. 1892 ausbezahlten Reiseunterstützung auf die einzelnen Berufe.

Berufe	Zahl der Mitglieder	Zahl der auf der Reise Unterstüßten	Zahl der v. d. Reisen benutzten Lohnen	Gesamtsumme		Durchschnittsumme		Zahl d. Unterstüßten			Auf einer Tour				
				der Unterstüßung	der Unterstüßung	unter dem Durchschnitt	über dem Durchschnitt	mit 25—40 %	mit 40—65 %	mit 65—80 %	niedriger Betrag	höherer Betrag			
Drahtarb. (Met.-Zainer) zc.	172	20	36	316	16	15	75 1/4	11	9	5	2	—	51	25	27
Dreher (Eisen-, Fagon-Metall-) zc.	2958	347	424	4046	14	11	66	204	143	44	5	—	50	26	20
Feilenhauer (Schleifer) zc.	982	263	366	3065	77	11	65 1/4	162	101	36	3	—	50	25	29
Former (Eisen-, Eisen-, Kernmacher) zc.	3101	678	917	10088	27	14	98 7/8	399	274	148	31	—	48	32	13
Goldarbeiter (Graveur, Zifeleur) zc.	154	18	20	224	75	12	48 2/3	11	7	3	—	—	60	25	—
Gärtler (Plattler) zc.	382	90	109	1051	47	11	68 1/3	55	35	12	3	—	60	25	19
Geizer (Maschinenwärter) zc.	162	5	5	41	52	8	36 1/2	3	2	1	—	—	92	25	02
Hilfsarbeiter (Bohrer, Fräser, Hobler) zc.	576	11	14	121	94	11	09 1/8	7	4	2	—	—	80	25	—
Kesselschmiede (Blech-) zc.	337	27	35	234	55	10	54	17	10	4	—	—	1	—	25
Klempner (Influenteur, Spängler, Flaschner) zc.	3371	638	876	7413	68	11	71	384	249	63	11	—	88	40	31
Kupferschmiede zc.	198	17	26	365	18	21	48	11	6	4	1	—	60	25	28
Mechaniker (Chr. Instrumenten-, Büchsen-, Meßzeug- und Uhrmacher) zc.	971	104	128	1171	64	11	26 7/8	59	45	11	1	—	88	25	11
Metallbrüder zc.	244	22	22	226	97	10	31 1/4	14	8	3	—	—	172	25	04
Metallgießer (Gieß-, Glocken- und Noth-) zc.	631	95	116	1035	61	10	57 1/3	57	41	9	—	—	60	25	02
Metallschleifer zc.	201	21	23	272	4	12	97 1/7	9	12	3	—	—	78	25	—
Modellschleifer zc.	57	2	3	9	53	4	76 1/2	1	1	—	—	—	1	—	5
Schlösser (Maschinenbauer) zc.	3867	1406	1609	17238	85	12	26 1/10	867	599	208	30	—	50	34	30
Schläger (Gold-, Metall- und Zinn-) zc.	527	3	32	201	11	6	70 1/10	22	8	1	—	—	1	—	25
Schmiede zc.	897	11	14	1135	26	9	62 1/12	64	54	9	1	—	50	25	99
Zinnarbeiter zc.	95	17	26	276	03	16	35 1/2	10	7	3	2	—	82	25	20
Sonstige Metallarbeiter <sup>1)</sup> .	1688	27	28	208	09	7	7 1/3	16	11	1	—	—	72	25	05
Arbeiterinnen . . . . .	152	1	1	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	1
Summa	26197	3950	4965	48791	9	12	35 7/4	2824	1626	555	90	—	—	—	—

<sup>1)</sup> Die Zahl der Mitglieder ist um 76 höher als auf der Jahresabrechnung angegeben; dies kommt davon, daß im Dezember einige Verwaltungsstellen gegründet wurden, die aber noch keine Abrechnungen eingesendet haben und deshalb in der Hauptabrechnung nicht mit aufgeführt sind.  
<sup>2)</sup> Die Gesamtsumme der Unterstüßung ist um 1474 M 89 J höher als auf der Jahresabrechnung angegeben, weil einzelne Auszahler der Reiseunterstüßung die Beträge

vom Berliner Verband sowie einzelne Sozial-Unterstützungen auf den Reiselegitimationen mit verrechnet haben.  
<sup>3)</sup> Die Verwaltungsstellen Darmstadt mit 78, Solingen (Wlg.) mit 45, Zabrze mit 50, Kaspe mit 18 und Weinheim a. d. Bergstr. mit 20 Mitgliedern haben trotz mehrmaliger Aufforderung die Zirkulare nicht eingesendet; es sind deshalb diese Mitglieder zu den „sonstigen Metallarbeitern“ gezählt worden.

Zu der Zusammenstellung ist noch zu bemerken, daß die Zahl Derjenigen, die über 40 M. Unterstutzung innerhalb eines Jahres erhielten, noch einmal so groß wäre, wenn die im Jahre 1891 angefangenen und nur zum Theil im Jahre 1891 verrechneten Touren, sowie die in den ersten Monaten des Jahres 1893 beendeten Touren mit in Betracht gezogen würden.

Alle wichtigen Korrespondenzen, sowie Geldsendungen sind in der Zeit vom 2. bis 7. April an Th. Werner, Altenburg (S.-A.), Schützenhaus, zu richten.

Folgende Mitgliedsblätter werden für un- gültig erklärt und sind ev. aufzuhalten:  
 Nr. 11718 des Reichzeugpolitzers Friedrich Prosch, geb. 20. Sept. 1864 zu Burgstallach.

Nr. 11788 des Reichzeugpolitzers Mich. Hofmann, geb. 30. Jan. 1867 zu Landerskreuth.

Nr. 11776 des Reichzeugmachers Siegmund Ingenhoffer, geb. 11. Dez. 1863 zu Nürnberg.

Nr. 11860 des Reichzeugmachers Georg Weigel, geb. 17. Febr. 1874 zu Erlangen.

Nr. 31786 des Klempners Karl Behnen, geb. 6. April 1853 zu Stade.

Nr. 47605 des ? Ernst Heinrichs, geb. ? zu ?

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Verufe fern zu halten: Feilenhauer und Schleifer von Linden bei Hannover, Metallarbeiter aller Branchen von Neuwed a. Rh., Sotlingen und der Madelarbeiter von Aachen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind — ausgenommen in der Zeit vom 2.—7. April — nur an die Adresse unseres Kassiers

**Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21,1,**  
 zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.  
 Mit kollegialem Gruß  
**Der Vorstand.**

**Zum Kapitel der schwarzen Listen.**

Die Berufsverklärung streikender Arbeiter seitens der Unternehmer steht nach wie vor in vollster Blüthe, wie folgendes Zirkular wiederum beweist.

22. März 1893.  
 Vertraulich!

**P. P.**

Wir erlauben uns, Ihnen ergebenst mitzu- theilen, daß die auf beiliegender Liste verzeichneten bei uns beschäftigt gewesenenen Mechaniker, Schlosser etc. streiken und sich mit den von uns entlassenen Schraubendrehern (folgen die Namen der drei Entlassenen) solidarisch erklärten, weil wir es ablehnten, den letzteren 25 Proc. Zuschlag für Ueberstunden zu gewähren.

Wir halten es für geboten, Ihnen hier- von vertrauliche Mittheilung zu machen und stellen es Ihnen ergebenst anheim, bei Ein- stellung von Arbeitern Ihre Maßnahmen im gegenseitigen Interesse der Arbeitgeber zu treffen.

**Hochachtungsvoll**  
 Gross u. Graf (G. Graf, G. Hoffmann).  
 Dem Zirkular ist eine Liste mit den Namen und Adressen von 56 streikenden Ar- beitern beigegeben.

Beachtenswerth ist die garte Wendung in dem Zirkular, weil wir es ablehnten, 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden zu ge- währen. Wie bekannt ist, liegt die Sache so, daß die Firma ihren Arbeitern zuge- muthet hat, auf den bisher gewährten Zuschlag für Ueberstunden zu verzichten, ihnen also einfach mit einer ganz bedeutenden Lohnreduktion entgegenzutreten ist.

**Eingelandt.**

**An die Metallarbeiter Mecklenburgs!**  
 Werthe Kollegen! Obwohl wir schon mehrmals den Kollegen Lappert als Provin- zial-Vertrauensmann aufgefordert haben, so hat selbiger es nicht der Mühe werth ge- funden, auf den Bericht in Nr. 43 der „Metall- Arbeiter-Zeitung“ vom vorigen Jahr zu an-worten. Und so sehen wir uns abermals veranlaßt, da die Agitation in der Metall- arbeiter-Branchen gerade in Mecklenburg noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, die Kol- legen der übrigen Städte Mecklenburgs auf- zufordern, ihre Meinung über das Verhalten Lappert's kund zu geben.  
 S. A.: M. Gärtner,  
 Giltrow, Bierdemarkt Nr. 47.

**Bekanntmachung.**

Vom Metallarbeiter-Kongress zu Frank- furt a. M. wurden die Unterzeichneten und der inzwischen von hier abgereiste Genosse Stülcken beauftragt, die Abrechnung des Ge- nossen Scherm über das 1890er (Beimarr-) Kongressprotokoll (S. das Frankfurter Proto- koll S. 83 und 89) zu prüfen. Wir haben diese Prüfung heute vorgenommen und er- statte nun folgenden Bericht.

Die Abrechnung wie sie im Frankfurter Protokoll enthalten ist, ist richtig bis auf die als ausständig genannte Summe, welche damals nicht M. 685,10, sondern nur M. 614,80 betrug. Dieser Fehler erklärt sich daher, daß Genosse Scherm einige nach dem damaligen Rechnungsabschluß erhaltene Be- träge auf dem Frankfurter Kongress noch als Einnahme mitverrechnet, allein momentan vergrah, dieselben vom Ausstände abzu- schreiben.  
 Zu dem damaligen Aktivrest von M. 888,58 gingen inzwischen noch ein . . . 159,50  
 Summa: M. 498,08

Von dieser Summe sind abgeliefert:  
 An den Vertrauensmann Segitz M. 300,—  
 An den D. M. A. . . . . 150,—  
 Summa: M. 450,—

so daß noch ein Bestand von . . . M. 48,08 vorhanden ist.

Die Abrechnung wurde nach allen Seiten geprüft und mit Ausnahme obigen neben- sächlichen Punktes für richtig befunden.

Nach der versandten Anzahl der Proto- kolle wäre noch ein Ausstand von M. 454,80 vorhanden; es wurden jedoch an mehreren Orten nicht alle Protokolle verkauft, theils lagern sie noch dort, theils sind sie zurück- gesandt, ein Theil der ausständigen Summe ist auch uneinbringlich. Die näheren Details werden eventuell der Generalversammlung des D. M. A. mitgetheilt werden.  
 Nürnberg, den 20. März 1893.

**Karl Engher, Joh. Fröhnsfeld.**  
 NB. Unsere späte Berichterstattung resul- tirt daraus, daß wir immer noch hofften, daß ausständig Gelder eingehen, und auch noch welche eingezogen sind. D. D.

**Briefkasten.**

Mehrere Einsendungen mußten zurückgestellt werden.

**Arbeiterauschuß in Cassen.** In nächster Nummer.

**H. B., Pönklage.** Die 80 M. stehen zu Ihrer Verfügung. Wir können uns nicht darauf einlassen, das Verlangte regelmäßig mitzugeben, wenden Sie sich dieserhalb an die Verlagsbuchhandlung von Dieck in Stuttgart.

**H., Chemnitz.** Beider für diese Num- mer zu spät eingegangen, daher in nächster Nummer. Wir werden dafür sorgen, daß Ihre Ansicht der Generalversammlung noch rechtzeitig bekannt wird.

**Vereins-Anzeigen.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Jachen.** Sonntag, 2. April, Vormit- tags 11 Uhr im Vereinslokal, Gießhörnstein- straße 3, Mitglieder-Versammlung. L.- D.: Geschäftliches. Vortrag. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder.

**Altenburg.** Sonnabend, 1. April, Abds. halb 9 Uhr, Versammlung im „goldenen Löwen“. L.-D.: Regelung verschiedener An- gelegenheiten, die Generalversammlung betr. — Diejenigen Mitglieder, welche noch keine Delegirtenmarken entnommen haben, werden erlucht, selbige recht bald einzulösen. — Der Würtler Gustav Kothke aus Altenburg wird wegen dringender Familienverhältnisse aufgefordert, seine Adresse an uns gelangen zu lassen.

**Braunschweig.** (Sektion der Feilen- hauer.) Unsere nächste Versammlung findet Sonnabend, den 8. April statt. Wir er- suchen die Mitglieder, in dieser Versammlung nun endlich mal vollständig zu erscheinen. — Die sämmtigen Mitglieder werden hiermit auf- gefordert, ihre Reste bis dahin unbedingt zu bezahlen.

**Gannstatt.** (Allgem.) Monatsver- sammlung, Samstag, 1. April im „Ruf- sischen Hof“. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder nothwendig.

**Crimmitschau.** An Stelle des abrei- senden bisherigen Vertrauensmannes Her- mann Tausendtschön wurde Genosse Oskar Berger, untere Georgenstraße 10, als Ver- trauensmann gewählt. Es wird gebeten, alle Sendungen an dessen Adresse zu richten. Gembeselsch ist die Zeitung jeden Freitag Mittag abzuholen.

**Duisburg.** Montag, 2. Osterfeiertag, Abends 6 Uhr, gewöhnlicher Abend im Vereinslokal („3 Aronen“, Emil Breßer). Sämmtliche Genossen sind dazu freundlichst eingeladen. — Die nächste Mitglieder-

Versammlung findet Sonntag, 9. April, Nachmittags 4 Uhr statt.

**Fremburg.** (Allg.) Sonnabend, den 8. April, Abends halb 9 Uhr, General- Versammlung bei Chr. Kalks. L.-D.: Beitragszahlung. Aufnahme. Protokollver- lesen. Diskussion und Verschiedenes. Die Mitgliedsblätter sind mitzubringen.

**Fleisburg.** (Sektion der Klempner.) Die nächste Mitglieder-Versammlung findet der Feiertage halber am Dienstag, 10. April statt. L.-D.: Aufnahme und Ein- kassieren. Kassenbericht. Diskussion. Ver- schiedenes.

**Gr. Schönan.** Montag, 8. April, ge- meinsamer Vormittagsausflug für die Mit- glieder des D. M. A. Sammelpunkt beim Restaurateur Fischer, Waltersdorferstr., Vor- mittags halb 10 Uhr. Ausflugsort: Gut- berg. In diesem kleinen Ausfluge sind auch die Damen der Mitglieder freundlichst ein- laden. — Heute, Sonnabend, den 1. April, Abends 8 Uhr findet Zusammenkunft der Mitglieder bei Herrn Fischer statt. Die nächste am 8. April, Abends 8 Uhr eben- dasebst. — Einige Mitglieder haben die Delegirtensteuer noch nicht entrichtet, dieselben werden erlucht, dies unverzüglich zu thun. — Da trotz Mahnungen immer noch einige Mit- glieder über 8 Wochen im Rückstande sind, so erhalten dieselben (Besther folgender Haupt- Nr.: 52806, 52807, 52805, 52808 und 52812) nach dieser Nummer keine Zeitungen mehr und werden in nächster Nummer veröffentli- chet.

**Hamburg.** (Sektion aller in Gelb- gießereien, Gürtlereien und Metallabrehereien beschäftigten Arbeiter.) Mittwoch, 5. April, Abends halb 9 Uhr bei Herrn von Salzen, Koffmacherei 6—7, Mitglieder-Ver- sammlung. L.-D.: Abrechnung. Unsere Agitation. Unsere Zeitungsbeportage. Ver- schiedenes.

**Hamburg.** (Sektion der Klempner.) Dienstag, 11. April, Abends halb 9 Uhr bei Wöhle, Valentinskamp, oberer Saal, Ver- sammlung. L.-D.: Ist es möglich, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Klempner und verw. Berufsgenossen durch Aufstellung eines allgemeinen Wintertarifs zu regeln, resp. zu bessern? Antrag auf Erhöhung der Tarifsätze für Bauklempner und Mechaniker (Installateure) von 45 auf 50 M die Stunde und für Aushilfsarbeit von 50 auf 60 M die Stunde. Verschiedenes. — Wir ersuchen die Mitglieder, jede Adressenveränderung anzu- zeigen: Großneumarkt 38/11.

**Höchst a. M.** Samstag, 1. April, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. L.- D.: Aufnahme und Einzahlung. Berichter- staltung von der Bezirkskonferenz. Abrech- nung von Januar-Februar. Verschiedenes. — Diejenigen Mitglieder, welche noch keine Delegirtenmarken in Empfang genommen, werden erlucht, dieselben zu begleichen.

**Kaiserslautern.** (Allgem.) Samstag, 8. April, Abends halb 9 Uhr im „Saalbau“, Mitglieder-Versammlung. L.-D.: Er- heben der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag, Verschiedenes.

**Kandahut.** Wir ersuchen die hiesigen Kollegen, zu der am 8. April stattfindenden Versammlung zahlreich zu erscheinen, da wir wichtige Angelegenheiten zu erledigen haben. — Da der bisherige Bevollmächtigte Karl Waal es abgelehnt hat, den Posten des Bevollmächtigten weiter zu bekleiden, so sind alle Sendungen an den Kassirer Franz Kourab, Schirmgasse (Kofbrauhaus) zu richten.

**Tschhausen.** Sonntag, 9. April, Vor- mittags 10 Uhr im Vereinslokale, Mitglie- der-Versammlung. L.-D.: Streiks und Boykotts. Referent: Kollege Anoy. Ver- schiedenes

**Zeitzig.** Sonntag, 2. April (1. Feier- tag) Ausflug der Metallarbeiter von Zeitzig nach Taucha Früh 8 Uhr vom Verkehrs- lokal, „Schütel's Hof“, für „Nord“ halb 9 Uhr von der Turnhalle aus. Das Nähere durch den „Wähler“. Um zahlreiche Bethei- ligung bittet der Vertrauensmann Karl Wöhne, Alt Zeitzig.

**Magdeburg.** Den reisenden, sowie sämmtlichen Kollegen hiermit zur Nachricht, daß das Ver. hrlslokal von Herrn Hohe, Braunebrichstraße 3, nach dem Lokale des Herrn Grothum, Kleine Klosterstraße 15 ver- legt worden ist, und wird daselbst auch das Reisegeheint in bekannter Weise verabsolgt.

**Mainz.** Wir machen alle Reisenden darauf aufmerksam, daß vom 1. April ab die Herberge in der „Stadt Worms“ in der Rothenkopfgasse ist und das Reisegeheint daselbst von 8—9 Uhr ausbezahlt wird.

**Nürnberg.** (Sektion der Roth- und Glockenr. i. g.) Sonntag, 9. April, Nach- mittags 3 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal („3 Könige“). Diejenigen Kollegen, welche Bücher der Bibliothek in Händen haben, werden erlucht, dieselben unbedingt an diesem Tage abzuliefern. Abends 8 Uhr gefellige Unterhaltung in der Restauration „Wergiß- aueinicht“, Enderleinsgasse (Glockenhof).

**Nürnberg.** (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 8. April, Abds.

8 Uhr im Saale des Restaurant „Sänger- trau“, Döschmannsplatz, Mitglieder- Versammlung mit Vortrag. — Sonntag, 2. April, Ausflug nach Bindorf. Zusam- menkunft im „Aronbringen“ am Plerrev. Abmarsch punkt 1 Uhr.

**Nürnberg.** (Sektion der Schmiede.) Samstag, 15. April, Abends 8 Uhr im Ver- einslokal Mitglieder-Versammlung. — Sonntag, 9. April, Vorschlag in die Wirth- schaft zum „Stern“ von Kohlenberger, Wöhrd, Nahn.

**Nendenburg.** Sonnabend, 8. April, Mitglieder-Versammlung. — Die Mit- glieder ersuchen wir, die Versammlung zahl- reich zu besuchen und die Resirktensteuer zu begleichen, sowie die Delegirtensteuer umgehend zu entrichten.

**Reichenbach i. V.** Sonnabend, 1. April, Abends halb 9 Uhr im Gasthof „zur neuen Welt“, Mitglieder-Versammlung. L.- D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Verschie- denes.

**Schnigling-Doos.** Sonntag, 9. April, Vormittags 10 Uhr bei Spiegl in Muggen- hof, Mitglieder-Versammlung.

**Stuttgart.** Am Oiermontag macht die hiesige Zählstelle in Gemeinschaft mit der Sektion der Flaschner und dem Arbeiterver- ein Eßbach einen Ausflug nach Kuttli, Scharn- hausen, Eßlingen. Sammelpunkt am Eugen- platz Morgens 8 bis halb 9 Uhr, Abgang präzis halb 9 Uhr. Nachzügler treffen sich Nachmittags bei Schlegel in Eßlingen.

**Wald.** Sonntag, 9. April, Nachmittags 5 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Herferath. Tagesordnung im Lokal. — Die Mitglieder der Firma Hermes und Behen werden besonders eingeladen. Bücher mit- bringen.

**Wolfenbüttel.** Sonnabend, 8. April, Abends 8 Uhr bei Buchhändler Mitglieder- versammlung. L.-D.: Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. Vor- trag über die Gewerbeordnung. Ausflug am Himmelfahrtsfest bett.

**Windorf.** Oftersonntag Larnus bei Herrn Julius Fröbe. Oftermontag bei We. Sadreiter.

**Anzeigen.**

**N a d r u f.**  
 Am 22. Februar starb unser Genosse **Josef Schmid** aus Abtsgemünd. Er war ein treuer Mitkämpfer für unsere gerechte Sache. Möge ihm die Erde leicht sein.  
 D. M. A. Aalen.

Am Donnerstag, den 23. März ver- schied nach kurzem Leiden unser Mitglied **Otto Pfeifer** an der Proletarierkrankheit. Er ruhe sanft!  
 Verwaltungsstelle Forst i. B.

Am 19. März starb nach kurzer, heftiger Gehirnkrankheit unser Kollege **Karl Wahn**. Er war ein treues, eifriges Mitglied. Ehre seinem Andenken.  
 Verwaltungsstelle Bant.

Am 16. März starb unser Mitglied **Bernhard Wolter** an der Proletarierkrankheit im Alter von 46 Jahren. Er war eines unserer treuesten Mitglieder und Kämpfer für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.  
 D. M. A. Magdeburg.

Das Mitgliedsbuch Nr. 26, welches auf den Namen des Eisenbrechers Emil Geisel, geb. den 2. Februar 1868 zu Falkenstein, lautet, ist abhanden gekommen, ob gestohlen oder verloren kann Inhaber nicht behaupten. Es werden deshalb die Ortsverwaltungen ersucht, es dem Vorzeiger abzunehmen.  
**Gustav Bauer**, Bevollm. in Gera.

Wir bringen unserem Genossen Paul Setdel zu seinem Hochzeitsfeste ein dreimal donnerndes Hoch!  
**D. M. A. Vöhrsch.**

Wir ersuchen den Kollegen Joh. Schulz, Schlosser, keinen Verzächtigungen gegen die **Rahlwelle Dortmund** nachzukommen.

**Ordnung.** Zwanzig Mark von der Verwaltungsstelle Friedrichsort für die strei- kenden Metallarbeiter von Albert Knauth durch den Bevollmächtigten der Sektion der Klempner empfangen zu haben bescheinigt  
 Breslau, den 12. März 1893.

**Das Komitee:**  
 Karl Wildbrand, W. Schöber.

**Technicum Mittwelda**  
 — Sachsen —  
 a) Maschinen-Ingenieur-Schule  
 b) Werkmeister-Schule.  
 — Vorunterricht frei. —